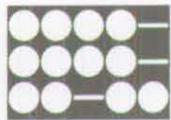


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

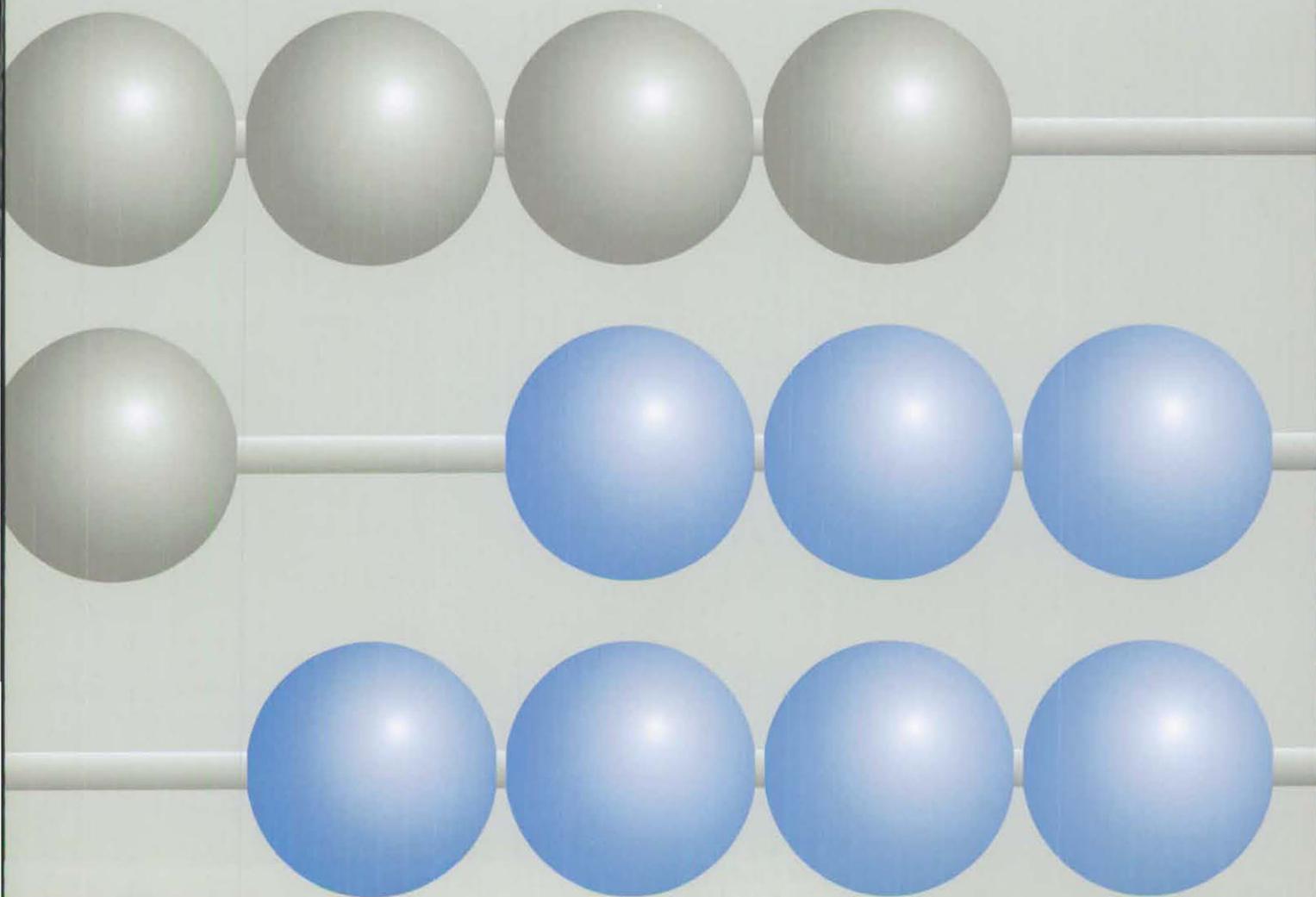


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



49. Jahrgang, Heft 7, Juli 1997

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
T-Online/Btx * 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

49. Jahrgang • Heft 7

Juli 1997

Inhalt		
• Kurz gefaßt		146
• Aufsatz		
Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein 1995: Hilfe zum Lebensunterhalt		149
Die Autorin beschreibt kurz Inhalte und Aufbau der reformierten Sozialhilfestatistik, bevor sie ausführlich die Ergebnisse analysiert. So werden die Zahlen Schleswig-Holsteins und Deutschlands verglichen und Besonderheiten ausländischer Sozialhilfeempfänger herausgestellt. Vor allem aber werden im vorliegenden Aufsatz die schulische und berufliche Ausbildung, die ökonomische Situation sowie die Altersstruktur der Sozialhilfeempfänger beschrieben und untersucht, sowie mögliche Ursachen besonderer Auffälligkeiten aufgezeigt. Die Bedarfsgemeinschaften der Sozialhilfeempfänger werden unterschiedlichen Typen zugeordnet, so daß auch dadurch ein sehr differenziertes Bild über die ökonomischen und sozialen Verhältnisse der Sozialhilfeempfänger gezeichnet wird.		
• Entwicklung im Bild		164
• Beilage		
Zahlenbeilage		

Ernteaussichten in Schleswig-Holstein

Nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Bodennutzungshaupterhebung und den Ertragsvorschätzungen der amtlichen Ernteberichterstatte erwartet das Statistische Landesamt eine hohe Getreideernte von 2,4 Mill. Tonnen. Dies entspräche einer um 7 % größeren Erntemenge als im Vorjahr. 1,7 Mill. Tonnen entfallen voraussichtlich auf die Brotgetreidearten (Weizen, Roggen) und 0,7 Mill. Tonnen auf die Futtergetreidearten (Gerste, Hafer, Triticale). Allein gut sechs Zehntel der Getreideernte dürften auf den Winterweizen – die mit 176 000 ha am stärksten angebaute und ertragsstärkste Getreideart – entfallen. Der Anbau von Getreide wurde in Jahresfrist – vor allem bedingt durch eine weiter rückläufige Flächenstilllegung – um 5 % auf 310 000 ha ausgeweitet, und zwar – mit Ausnahme von Wintergerste – bei allen Getreidearten.

Die Rapsernte (einschl. Anbau als nachwachsender Rohstoff) wird auf 300 000 Tonnen geschätzt und dürfte die Erntemenge des Vorjahres um ein Viertel übertreffen. Die diesjährige Anbaufläche von 83 000 ha – überwiegend Winterraps – ist um 4 % größer als 1996, außerdem fielen im Vorjahr die Hektarerträge auswinterungsbedingt sehr niedrig aus.

Da Kornbildung und Ernteverluste entscheidend von dem weiteren Witterungsverlauf (Niederschlagsverteilung, Sonneneinstrahlung) bis zum Erntezeitpunkt abhängen, kann die endgültige Erntemenge an Getreide und Raps noch mehr oder minder von dieser Vorschätzung (Stand Mitte Juli) abweichen.

Getreidefläche erheblich ausgeweitet

Auf einer Ackerfläche von 592 000 ha werden nach den vorläufigen Ergebnissen der diesjährigen Bodennutzungserhebung 425 000 ha Marktfrüchte und 126 000 ha Ackerfutter angebaut.

Über die Hälfte der Ackerfläche wird von der Getreidefläche (310 000 ha) eingenommen, die gegenüber dem Vorjahr deutlich um 5 % zunahm. Es vergrößerte sich vor allem die Winterweizenfläche um 11 000 ha auf 176 000 ha, sie überschritt damit erstmals den langjährigen Durchschnitt vor der Agrarreform. Die Roggenanbaufläche nahm um 3 000 ha auf 33 000 ha zu; allein die Wintergerstenfläche wurde um 3 % auf 70 000 ha verringert.

Bei den Ölfrüchten, die auf 14 % der Ackerböden wachsen, bauen Schleswig-Holsteins Landwirte fast ausschließlich Winterraps an. Dessen Anbaufläche lag mit 82 000 ha um 5 % über der von 1996. Die Hülsenfruchtfläche erhöhte sich gegenüber dem Vor-

jahr um gut die Hälfte, während Hackfrüchte und Gemüse an Fläche verloren.

Der Ackerfutterbau wurde gegenüber dem Vorjahr um 2 % ausgedehnt. Der größte Anteil entfällt auf den Silomaisanbau mit einem neuen Höchstwert von 74 000 ha.

Die Zunahmen beim Getreidebau beruhen vor allem auf einer Abnahme der Brachlandfläche um 14 000 ha. Aufgrund veränderter Flächenstilllegungsregelungen verringerte sich ihr Anteil an der Ackerfläche von 9 % auf 7 %.

Rückgang des Rinder- und Schafbestandes

Am 3. Juni 1997 wurden bundesweit in repräsentativ ausgewählten Betrieben die Bestände an Rindern und Schafen ermittelt. Nach vorläufigen Ergebnissen ging in Schleswig-Holstein der Rinderbestand mit 1,38 Mill. Tieren in Jahresfrist um 3 % zurück. Noch stärker sank die Zahl der Schafe, und zwar um 11 % auf 364 000 Tiere.

Der Milchkuhbestand verringerte sich deutlich um 4 % auf 390 000 Kühe, das ist der niedrigste Milchkuhbestand seit 1950. Dagegen erhöhte sich der Bestand an weiblicher Nachzucht ab einem Jahr um 4 % auf 309 000 Tiere. Die Zahl der zum Schlachten bestimmten Rinder ab einem Jahr nahm deutlich um 8 % ab und liegt um gut ein Zehntel (- 12 %) unter dem langjährigen Durchschnitt.

5,2 Prozent der Mitbürger haben ausländische Staatsangehörigkeit

Nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung lebten Ende 1996 143 900 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Schleswig-Holstein. Dieses sind 5,2 % der Einwohner des Landes. Von ihnen waren 67 100 Frauen und 76 700 Männer.

Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer nahm landesweit gegenüber 1995 um 5 400 (+ 3,9 %) zu, im Jahr davor hatte der Zuwachs dagegen 6 600 Personen oder 5,0 % betragen.

Die Ausländerzahl nahm in allen Kreisfreien Städten und Kreisen zu. Die relativ größten Veränderungen fanden im Kreis Dithmarschen statt, gefolgt vom Kreis Schleswig-Flensburg und der Stadt Flensburg, die geringsten Veränderungen waren dagegen in Kiel, Neumünster und im Kreis Plön.

Die Anteile der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Bevölkerung insgesamt waren wie

im Vorjahr in den kreisfreien Städten und dem Kreis Pinneberg am höchsten und in den Kreisen Dithmarschen und Plön am niedrigsten.

Weiterer Anstieg der Ehescheidungen

Im Jahre 1996 wurden in Schleswig-Holstein 6 822 Ehescheidungen rechtskräftig, dies waren 143 oder 2 % mehr als im Jahr zuvor.

30 % der Verfahren wurden vom Ehemann, 57 % von der Ehefrau und 13 % von beiden Ehepartnern beantragt.

Am häufigsten wurden Ehen aus dem Jahre 1990 geschieden (498), gefolgt von Ehen aus den Jahren 1992 (483) und 1991 (470).

Bei deutlich mehr als der Hälfte der Scheidungen waren auch Kinder betroffen, nämlich bei 3 683. Wie 1995 ist dies ein Anteil von 54 %. Die Zahl der betroffenen Kinder stieg von 5 649 im Jahre 1995 auf nunmehr 5 976, was einer Zunahme von 6 % entspricht. Auf jede geschiedene Ehe mit Kindern kamen damit durchschnittlich 1,6 Kinder.

Ausgaben für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stagnierten

Die Ausgaben für Empfangsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz betragen 1996 in Schleswig-Holstein 103 Mill. DM nach 103,5 Mill. DM im Jahr zuvor. Dabei sanken die Ausgaben für Empfänger, die in Aufnahmeeinrichtungen oder in vergleichbaren Einrichtungen untergebracht waren, etwas, während sich die Ausgaben für Empfänger, die anderweitig untergebracht waren, leicht erhöhten.

Fast ein Viertel des Landespersonals teilzeitbeschäftigt

Am 30.06.1996 waren im unmittelbaren Landesdienst in Schleswig-Holstein insgesamt 73 165 Personen (darunter: 36 146 Frauen) beschäftigt. Das waren 351 Personen oder 0,5 % mehr als im Jahr 1995. Dies geht allerdings weitgehend auf das Konto zunehmender Teilzeitbeschäftigung (+ 5,2 %). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ist binnen Jahresfrist um 0,9 % gesunken.

Während in der Landesverwaltung mit 61 327 Personen die Beschäftigtenzahl um 472 Personen (+ 0,8 %) höher ausfiel, verringerte sie sich bei den Krankenhäusern in Trägerschaft des Landes um 0,9 % auf 11 422 Beschäftigte und bei den rechtlich

unselbständigen Wirtschaftsunternehmen des Landes (Forstämter) um 5,0 % auf 416 Beschäftigte.

Am 30.06.1996 wurden 5,0 % mehr Frauen beim Land beschäftigt als ein Jahr zuvor.

Fremdenverkehr im Mai

Im Mai 1997 kamen nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Landesamtes 465 000 Übernachtungsgäste in den größeren Beherbergungsstätten des Landes (mit über 8 Betten) an. Das waren 4,8 % mehr Gäste als im Mai 1996. Die Zahl der gebuchten Übernachtungen (2 145 000) ging zurück, und zwar um 4,1 % gegenüber Mai 1996.

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden 6,3 % weniger Übernachtungen gezählt als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres.

Weniger Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich

Im Jahre 1997 erhalten die schleswig-holsteinischen Kreise und Gemeinden insgesamt 1 563 Mill. DM an Schlüsselzuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich. Den Kommunen werden damit 155 Mill. DM oder 9,0 % weniger Mittel vom Land zugewiesen als im Vorjahr.

Die Schlüsselzuweisungen an die kreisfreien Städte verringerten sich um 60 Mill. DM (- 10,3 %) auf 524 Mill. DM und an die Kreise und kreisangehörigen Gemeinden um 95 Mill. DM (- 8,4 %) auf 1 039 Mill. DM.

Die Einnahmesituation der kreisfreien Städte und Gemeinden wird aber dadurch verbessert, daß ihnen zum Ausgleich der Belastungen aus der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs 109 Mill. DM zusätzlich vom Land zugewiesen werden.

Zur Beschäftigtenlage der Bauwirtschaft

In Schleswig-Holstein hat die Bauwirtschaft ihren Beschäftigtenstand vergleichsweise stärker abgebaut als das Verarbeitende Gewerbe. In den Betrieben des Bauhauptgewerbes waren im Durchschnitt der ersten fünf Monate knapp 9 % weniger Personen beschäftigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, der gleichzeitige Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug 3 %.

Die Entwicklung im Bauhauptgewerbe erklärt sich auch durch die geänderte Schlechtwetterregelung, die verstärkt zu sogenannten Winterkündigungen vor

allem im Januar dieses Jahres führte. Ein weitergehender Personalabbau konnte aber offensichtlich gestoppt werden, seit März 1997 ist die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem jeweiligen Monat zuvor wieder gestiegen, im Mai waren knapp 1 % mehr Personen beschäftigt als im Vormonat. Der dadurch erreichte Personalbestand von 39 200 Beschäftigten lag aber noch um rd. 9 % unter dem Mai-Ergebnis von 1996. Im Zeitraum Januar bis Mai 1997 stiegen die Auftragseingänge für Bauleistungen um knapp 5 % gegenüber dem Vorjahr. Im gleichen Zeitraum wurden 8 % mehr Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude erteilt. Ob nach der saisonalen Komponente nun die verstärkte Nachfrage nach Bauleistungen zu mehr Beschäftigung führt, werden die nächsten Monatsergebnisse zeigen.

Lebhaftes Auslandsgeschäft im Verarbeitenden Gewerbe

Das Verarbeitende Gewerbe Schleswig-Holsteins erzielte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres mit weniger Beschäftigten mehr Umsatz als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Beschäftigten lag im Durchschnitt der Monate Januar bis Mai 1997 um 3,0 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Umsätze stiegen im gleichen Zeitraum um 4,0 %, wobei das Absatzplus ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft resultierte. Während die Umsätze mit ausländischen Kunden um ein Fünftel stiegen, blieb der Inlandsabsatz um 1,6 % hinter dem Vorjahresniveau zurück. Vom Exportplus profitierten vor allem die Chemische Industrie, der Maschinenbau, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik (u. a. Mobiltelefone) sowie der Schiffbau. Beim Schiffbau ist jedoch zu beachten, daß die Umsatzzahlen im Auslandsgeschäft durch die Abrechnung von Großaufträgen in den ersten fünf Monaten 1997 ungewöhnlich hoch ausgefallen sind und gleichzeitig im Vorjahreszeitraum sehr geringe Auslandsumsätze erzielt worden waren, so daß die prozentuale Veränderung, die rechnerisch im Bereich mehrerer hundert Prozent liegt, stark überzeichnet ist.

Ein analoges Bild zu den Umsätzen ergibt sich bei den Auftragseingängen. Diese sind in den ersten fünf Monaten 1997 um 1,5 % zurückgegangen, wobei der Ordereingang von inländischen Kunden um 9,3 % unter dem Vorjahreswert lag, während die Auftrags-eingänge aus dem Ausland um 14 % höher waren. Besonders hohe Zuwächse bei den Auslandorders verzeichneten die Chemische Industrie, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik sowie der Schiffbau.

Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein 1995: Hilfe zum Lebensunterhalt

Die Sozialhilfe dient der materiellen Sicherung eines menschenwürdigen Lebens. Sozialhilfe erhält, wer sich nicht selbst helfen kann und wer keine oder keine ausreichende Hilfe von Angehörigen oder anderen Trägern von Sozialleistungen erhält. Die wichtigsten Sozialleistungsträger, die der Sozialhilfe vorgeschaltet sind, sind dabei die Zweige der Sozialversicherung, vor allem die Arbeitslosen-, Renten- und seit 1995 die Pflegeversicherung. Als diesen Sozialsystemen nachgeordnet, hat die Sozialhilfe die Funktion eines „Auffangnetzes“ für diejenigen, die durch die vorrangigen Sozialsysteme nicht hinreichend unterstützt werden.

Sozialhilfe wird als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt oder als Hilfe in besonderen Lebenslagen gezahlt. Seit den 70er Jahren sind die Empfängerzahlen stark gewachsen. Am Jahresende 1995 erhielten immerhin 51 je 1 000 Einwohner in Schleswig-Holstein Sozialhilfe. Etwa 30 % unter ihnen waren noch keine 15 Jahre alt. Der Anstieg geht vor allem auf die Entwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt zurück – der sogenannten Sozialhilfe im engeren Sinne. Heute erhalten vier von fünf Sozialhilfeempfängern Hilfe zum Lebensunterhalt. Ihre Zahl hat sich in den vergangenen 30 Jahren je 1 000 Einwohner fast vervierfacht, während sich gleichzeitig die Zahl der Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen je 1 000 Einwohner nur relativ wenig erhöhte. Der Anstieg der Empfängerzahlen schlug sich im Ausgabenanstieg nieder. Im Jahr 1995 wurden für Sozialhilfe insgesamt 2,2 Mrd. DM ausgegeben, 41 % mehr als 1990 und 4,7 % mehr als 1994.

Insbesondere wegen der hohen Ausgaben für die Leistungen der Sozialhilfe gerät diese immer wieder in die öffentliche Diskussion, die sich an Schlagworten wie Lohnabstandsgebot oder jüngst an der Forderung nach Sozialdetektiven zur Aufdeckung von Mißbrauch entzündet. Mehrfach erfuhr das Sozialhilferecht bereits Änderungen. Erst im August 1996 trat die letzte Sozialhilfereform in Kraft, die den Ausgabenzuwachs begrenzen soll.

Als Informationsgrundlage für Politik und Wissenschaft diente viele Jahre die Sozialhilfestatistik, wie sie seit 1963 erhoben und veröffentlicht wurde. Die Nutzer der Statistik bemängelten allerdings inhaltliche Defizite. Dies mündete schließlich in eine Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik zum Berichtsjahr 1994. Der folgende Artikel präsentiert nun erstmals Ergeb-

nisse aus der umgestalteten Statistik für Schleswig-Holstein, die nach Abschluß der zweiten Erhebung nach dem neuen Schema aussagekräftig genug erscheinen, um erste Interpretationen vorzunehmen.

Da sich die Bestimmungsgründe für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, bzw. die Ursachen des Hilfebezugs, teilweise stark von denen für Hilfe in besonderen Lebenslagen unterscheiden, werden die beiden Sozialhilfearten nicht zusammen analysiert. Dieser Artikel beschränkt sich auf die Analyse der Empfänger von und der Ausgaben für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Dabei werden sich einige Vermutungen über die Ursachen der Inanspruchnahme von Sozialhilfe bestätigen. Das gilt etwa für Alleinerziehende und arbeitslos Gemeldete. Deutlich wird hingegen auch werden, wo noch ein Mangel an Erklärungsmustern besteht, wie z. B. für die in Schleswig-Holstein relativ hohe Anzahl von Empfängern und deren im Vergleich mit Deutschland längeren bisherigen Bezugsdauer.

Der folgende Abschnitt stellt kurz die Neuerungen in der Statistik vor. Danach wird ein Überblick über die Struktur der Sozialhilfeempfänger und die bisherige Bezugsdauer in Schleswig-Holstein und in Deutschland geboten. Im Anschluß daran werden in mehreren Abschnitten die Lebenslagen der Sozialhilfebezieher beleuchtet. Es folgt eine Darstellung der ökonomischen Situation der Bedarfsgemeinschaften, bevor abschließend noch einige Ergebnisse der Statistik der Ausgaben für Sozialhilfe für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt präsentiert werden. Anhand der Häufigkeit ausgewählter, typischer Merkmalsausprägungen werden an verschiedenen Stellen Zusammenhänge zwischen Lebenssituation und Sozialhilfebezug untersucht. Es wird also der Frage nachgegangen, ob auffällige prozentuale Verteilungen gegebenenfalls auf tendenziell erhöhtes Sozialhilferisiko bestimmter Gruppen hinweisen. Einige kurze Schlußfolgerungen beschließen den Artikel.

Das neue Erhebungskonzept

Seit Mitte 1962, als das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) in Kraft trat, existiert ein Rechtsanspruch auf Sozialhilfe. Die Empfänger von Sozialhilfe und die Ausgaben für Sozialhilfe werden seit 1963 in der amtlichen Sozialhilfestatistik nachgewiesen. Bei der Neustrukturierung der Statistik zum Berichtsjahr 1994

gestaltete man vor allem den Teil der Statistik neu, der die Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt als Bestandteil der Empfängerstatistik erhebt. Zum einen wurde eine Statistik über die Empfänger von kurzzeitiger Hilfe zum Lebensunterhalt eingeführt, die auf die statistische Erfassung auch der Obdachlosen zielt, und zum anderen wurde die Empfängerstatistik aufgeteilt auf eine Jahresendbestandserhebung und eine unterjährige Fortschreibung.

Damit beabsichtigt man, Doppelzählungen auszuschließen, die nach dem alten Konzept vorkamen, wenn jemand mehrfach während eines Jahres erneut Sozialhilfeempfänger wurde. Gezählt wird deshalb jetzt zum Stichtag 31.12. Um dennoch die unterjährige Dynamik, d. h. die Häufigkeit von Zu- und Abgängen, zu erfassen, wurde eine auf den Einzelfall bezogene quartalsweise Fortschreibung der Jahresenddaten vorgesehen.

Neu eingeführt wurden außerdem Merkmale, die Dauer sowie Art und Höhe des Leistungsbezugs, das schulische und berufliche Qualifikationsniveau der Sozialhilfeempfänger, den Zusammenhang zur Dauer der Arbeitslosigkeit und andere Gründe der Nichterwerbstätigkeit beschreiben. Erwartet wird, daß sich die Aussagekraft der amtlichen Sozialhilfestatistik durch diese Änderungen erheblich verbessert.

In der Umstellungsphase von der alten auf die neue Statistik traten allerdings erhebliche Probleme auf. So stellte sich heraus, daß die geplante einzelfallbezogene Fortschreibung in der Praxis nicht durchführbar ist. Um überhaupt die Abgänge und Zugänge zur Sozialhilfe während des Jahres beschreiben zu können, wird in Zukunft eine tabellarische Bestandsfortschreibung pro Quartal durchgeführt.

Auch bei der Bestandserhebung zum Jahresende traten viele Schwierigkeiten auf, die sich in sehr hohen Fehlerzahlen bei der Aufbereitung der Statistik niederschlugen. Die Fehler häuften sich besonders bei den Fragen zu Schul- und Berufsabschlüssen sowie bei den Fragen zur ökonomischen Situation der Sozialhilfeempfängerhaushalte. Obwohl im Statistischen Landesamt die Fehler möglichst korrigiert wurden, erschien eine intensive Auswertung der Daten aus dem ersten Erhebungsjahr noch nicht vertretbar.

Jetzt aber liegen mit den Ergebnissen zum 31.12.1995 zum zweitenmal Daten aus der neugestalteten Statistik der Sozialhilfeempfänger für Schleswig-Holstein vor. Zwar sind längst noch nicht alle Anfangsschwierigkeiten überwunden, die Erhebung lief jedoch schon deutlich reibungsloser als die vorangegangene und auch die zu korrigierende Fehlerzahl ist erheblich zurückgegangen. Anzunehmen ist, daß die Auswertung der neuen Erhebung jetzt sinnvoll möglich ist.

Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt in Schleswig-Holstein und in Deutschland

Ende 1995 wohnten 112 300 oder 4,4 % der in Deutschland lebenden Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt – im folgenden HLU-Empfänger genannt – in Schleswig-Holstein. 111 364 von ihnen lebten in Privathaushalten. Sie bildeten 58 373 Bedarfsgemeinschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft besteht dabei aus allen Personen, deren Einzeleinkommen und -vermögen für die Berechnung des Sozialhilfeanspruchs herangezogen werden. Eine Bedarfsgemeinschaft kann z. B. eine alleinlebende Person sein oder eine Familie mit mehreren Kindern oder auch eine nichteheliche Lebensgemeinschaft mit oder ohne Kinder.

Hilfe zum Lebensunterhalt wird auch Personen gewährt, die in Einrichtungen wie Altenheimen oder Altenwohnheimen leben, sofern nicht die Voraussetzungen für die Gewährung der Hilfe zur Pflege im Rahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen vorliegen. 1995 lebten in Schleswig-Holstein 936 der HLU-Empfänger oder 0,8 % in Einrichtungen dieser Art. Von ihnen waren 846 Personen 60 Jahre und älter. Meist sind allerdings – wenn pauschal von Sozialhilfeempfängern gesprochen wird – nur die HLU-Empfänger gemeint, die außerhalb von Einrichtungen in Privathaushalten leben. Nur diese HLU-Empfänger, die ja die übergroße Mehrzahl bilden, werden deshalb in die folgende Analyse einbezogen.

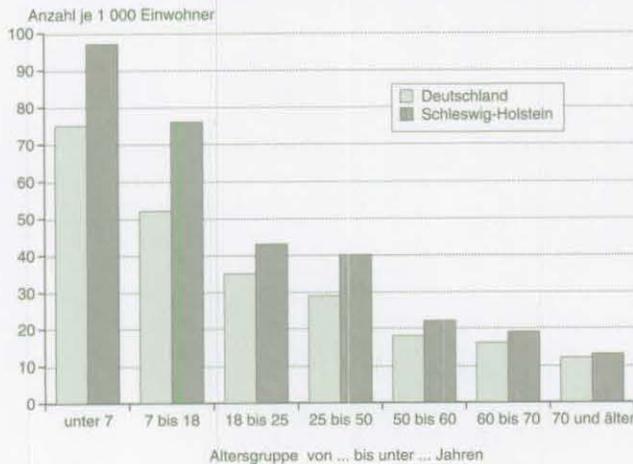
In Deutschland stieg 1995 die Zahl der HLU-Empfänger um 14 %, in Schleswig-Holstein waren es 20 %. Der Anstieg in Schleswig-Holstein dürfte etwas überzeichnet sein, weil 1994 – dem ersten Jahr der neugestalteten Erhebung – aufgrund der Umstellungsschwierigkeiten in den Sozialämtern eine leichte Untererfassung vermutet werden muß. Für 1995 berichtet dagegen das Statistische Bundesamt von einer geringfügigen Untererfassung im Bundesgebiet.

HLU-Empfänger am 31.12.1995

HLU-Empfänger	Insgesamt	Männlich	Weiblich
Deutschland			
Insgesamt	2 515 693	1 087 992	1 427 701
darunter Nichtdeutsche	520 199	258 474	261 725
Anteil Nichtdeutsche an insgesamt in %	20,7	23,8	18,3
Schleswig-Holstein			
Insgesamt	111 364	47 723	63 641
darunter Nichtdeutsche	14 207	7 345	6 862
Anteil Nichtdeutsche an insgesamt in %	12,8	15,4	10,8

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Deutschland sind deutlich mehr als die Hälfte aller HLU-Empfänger Frauen und Mädchen, nämlich rund 57 %. Der Anteil der nichtdeutschen HLU-Empfänger dagegen ist in Schleswig-Holstein unterdurchschnittlich.

HLU-Empfänger am 31.12.1995



459703 Stat.LA S-H

Trotzdem gilt für Schleswig-Holstein wie für das gesamte Bundesgebiet, daß die Wahrscheinlichkeit, Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, für hier lebende Nichtdeutsche wesentlich höher ist als für deutsche Einwohner. Das gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche. So erhielten 185 von 1 000 nichtdeutschen Kindern unter sieben Jahren am 31.12.1995 Hilfe zum Lebensunterhalt. Bei deutschen Kindern dieser Altersgruppe waren es „nur“ 91 von 1 000.

Während in Deutschland von 1 000 Einwohnern 31 Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, waren es in Schleswig-Holstein 41. In allen Altersklassen lebten hier mehr HLU-Empfänger je 1 000 Einwohner als in Deutschland. Besonders deutlich ist der Unterschied bei den bis 18jährigen. Dabei sind nicht alle Personengruppen gleichmäßig überproportional in Schleswig-Holstein unter den Sozialhilfeempfängern vertreten, das zeigt eine Gegenüberstellung der Häufigkeit der Typen von Bedarfsgemeinschaften (Tabelle auf Seite 152). Hier dient die Einwohnerzahl lediglich der Standardisierung. Der Wert „Bedarfsgemeinschaften je 100 000 Einwohner“ selbst ist nicht interpretierbar. Interpretierbar sind hingegen die Unterschiede nach regionalem Bezug, wobei nicht ausgeschlossen werden kann, daß demographische Besonderheiten zu diesen Unterschieden beitragen.

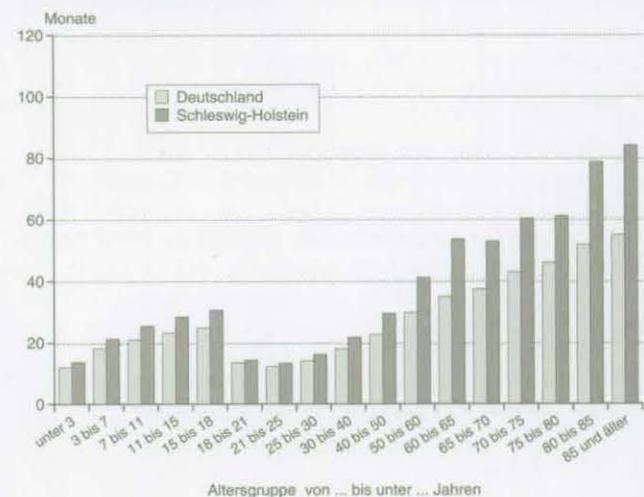
Da die Anzahl der Typen von Bedarfsgemeinschaften stark schwankt, weist auch der Indikatorwert eine ausgeprägte Streuung auf. Damit die kleineren Werte

überhaupt erkennbar und vergleichbar werden, sind hier nicht 1 000, sondern 100 000 Einwohner die Bezugsgröße.

Nicht nur gegenüber Deutschland, auch gegenüber dem früheren Bundesgebiet, zeigen sich deutliche Unterschiede in Schleswig-Holstein. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften z. B. mit Kindern ist hier relativ gesehen wesentlich höher. Dabei stechen insbesondere die alleinerziehenden Frauen mit wesentlich höheren Vergleichszahlen heraus: Je 100 000 Einwohner zählte man Ende 1995 in Schleswig-Holstein 519,80 Bedarfsgemeinschaften vom Typ „Haushaltsvorstände weiblich mit Kindern unter 18 Jahren“, dagegen 353,33 in Deutschland und 378,17 in den alten Bundesländern. Aber auch einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände gibt es offensichtlich in Schleswig-Holstein im Verhältnis zur Einwohnerzahl mehr als in Deutschland.

Nicht nur das Risiko, Sozialhilfeempfänger zu werden, ist in Schleswig-Holstein größer als im Bundesdurchschnitt; auch die bisherige Dauer des Sozialhilfebezugs liegt in Schleswig-Holstein mit 28 Monaten im Durchschnitt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 22,9 Monaten.

Männliche HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach der durchschnittlichen bisherigen Dauer der Hilfgewährung



459704 Stat.LA S-H

Die Grafik zeigt, daß es vor allem die Jahrgänge ab der Altersklasse 50 - 60 sind, die länger als im Bundesdurchschnitt bisher Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. In diesem Zusammenhang wäre es besonders interessant zu betrachten, wie lange diejenigen Sozialhilfe erhielten, deren Bezug gerade geendet hat. Insbesondere von öffentlichem Interesse ist die

Bedarfsgemeinschaften je 100 000 Einwohner am 31.12.1995

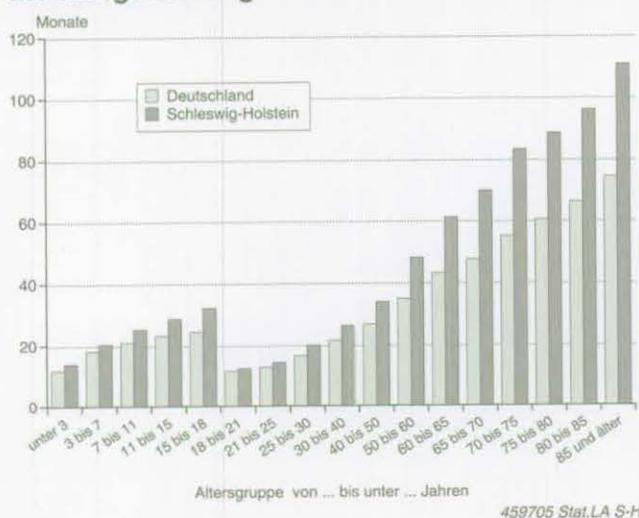
Typ der Bedarfsgemeinschaft	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Schleswig-Holstein
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand zusammen	1 332,31	1 473,76	1 825,97
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	104,05	120,60	120,64
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren	196,88	219,59	236,00
mit einem Kind unter 18 Jahren	69,73	78,09	82,96
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	70,71	78,62	86,19
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	56,44	62,87	66,85
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kindern unter 18 Jahren	17,07	17,71	26,89
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kinder unter 18 Jahren	23,74	20,46	34,20
mit einem Kind unter 18 Jahren	12,54	10,99	19,26
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	6,91	5,82	9,72
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	4,28	3,65	5,21
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände	626,09	705,14	873,32
männlich	274,61	298,16	386,03
weiblich	351,48	406,98	487,29
Haushaltsvorstände männlich mit Kindern unter 18 Jahren	11,04	12,09	13,65
mit einem Kind unter 18 Jahren	6,50	7,06	8,04
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	3,09	3,42	3,93
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	1,44	1,61	1,69
Haushaltsvorstände weiblich mit Kindern unter 18 Jahren	353,44	378,17	519,80
mit einem Kind unter 18 Jahren	200,07	216,17	295,29
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	109,04	116,30	163,94
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	105,45	45,70	60,58
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand zusammen	178,35	200,44	211,85
Sonstige Bedarfsgemeinschaften			
mit zwei volljährigen Haushaltsangehörigen	1,88	2,16	2,02
mit zwei volljährigen und mindestens einem minderjährigen Haushaltsangehörigen	0,46	0,52	0,92
mit einem volljährigen und mindestens einem minderjährigem Haushaltsangehörigen	3,25	3,31	5,47
Sonstige einzeln nachgewiesene			
volljährige männliche Haushaltsangehörige	71,48	78,02	92,68
volljährige weibliche Haushaltsangehörige	64,88	74,27	68,06
minderjährige männliche Haushaltsangehörige	18,44	21,40	21,17
minderjährige weibliche Haushaltsangehörige	17,96	20,75	21,54
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	52,79	60,14	70,01
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	1 563,46	1 734,34	2 107,83

Frage, wie hoch der Anteil derjenigen HLU-Empfänger ist, die weniger als ein Jahr Sozialhilfe erhielten, bzw. derjenigen, die über eine sehr lange Zeit Sozialhilfeempfänger waren. Diese Angaben stehen jedoch bedauerlicherweise noch nicht zur Verfügung. Sie waren als Abgangsmeldung Bestandteil der quar-

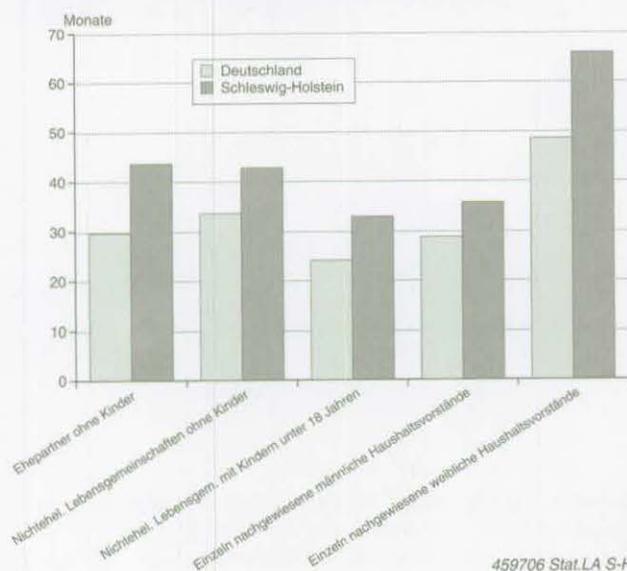
talsweisen Fortschreibung, die aufgrund der Durchführungsprobleme vorerst nicht aufbereitet wurde und ab 1998 durch eine tabellarische Fortschreibung ersetzt wird. Zu dem Erhebungsjahr werden auch Angaben zu den Gründen der Beendigung des Sozialhilfebezugs lieferbar sein. Zum jetzigen Zeitpunkt

kann nur die Zeit betrachtet werden, während der bisher Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen wurde. Beim Vergleich dieser Angaben nach Geschlecht zeigt sich, daß Frauen sowohl in Schleswig-Holstein als auch im Bundesdurchschnitt bisher länger Sozialhilfeempfängerinnen waren als Männer. Für die besonders betroffenen älteren Frauen mag dies mit auf besonders geringe Rentenansprüche als Hinterbliebene zurückzuführen sein. Dieser Nachteil war wiederum in Schleswig-Holstein für ältere Frauen ausgeprägter als im Bundesdurchschnitt.

Weibliche HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach der durchschnittlichen bisherigen Dauer der Hilfgewährung



HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach dem Typ der Bedarfsgemeinschaft und der durchschnittlichen bisherigen Dauer der Hilfgewährung



Eine andere Art der Darstellung zeigt erhebliche Abweichungen des bisherigen Sozialhilfebezugs nach Typen von Bedarfsgemeinschaften.

Zu den Bedarfsgemeinschaften, die in Schleswig-Holstein bereits deutlich länger Sozialhilfe erhalten als im Bundesgebiet, gehören Ehepaare ohne Kinder, nichteheliche Lebensgemeinschaften, einzeln nachgewiesene weibliche Haushaltsvorstände und Bedarfsgemeinschaften mit zwei volljährigen Haushaltsangehörigen. Alle anderen Typen von Bedarfsgemeinschaften, also etwa Ehepaare, alleinerziehende Männer und Frauen sowie andere einzeln nachgewiesene Haushaltsangehörige erhalten zwar gleichfalls in Schleswig-Holstein durchschnittlich bereits länger Sozialhilfe als die vergleichbaren Typen im Bundesdurchschnitt, die Unterschiede sind aber nicht so ausgeprägt.

Eine Erklärung für den häufigeren und oft längeren Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt in Schleswig-Holstein liegt nicht auf der Hand. Einer gesonderten eingehenden Untersuchung bedarf insbesondere die Tatsache, daß Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder in Schleswig-Holstein bisher länger Sozialhilfe erhielten als im Bundesdurchschnitt. Eine solche Analyse muß jedoch die Auswertung der Abgangsmeldungen aus der Sozialhilfestatistik abwarten, bevor plausible Aussagen über Abgangsgründe möglich sind.

Lebenslagen der HLU-Empfänger

Die alte Sozialhilfestatistik erhob das Merkmal „Hauptursache des Sozialhilfebezugs“ mit acht Ausprägungen. Das mag bei Verabschiedung des Bundessozialhilfegesetzes zu Beginn der 60er Jahre noch eine angemessene Betrachtungsweise gewesen sein. Seitdem sind jedoch mehr als 30 Jahre vergangen und die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik haben sich stark verändert. Von besonderer Bedeutung in diesem Zusammenhang war einerseits die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und andererseits die Zunahme von Lebensformen außerhalb der Kleinfamilie, wie etwa von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Alleinerziehenden. Die Gründe für den Bezug von Sozialhilfe sind heute so vielfältig, daß es sinnvoller und angemessener erscheint, die typischen Lebenslagen von Sozialhilfeempfängern zu beschreiben, anstatt diese auf eine Hauptursache zu reduzieren. Die neue Sozialhilfestatistik trägt dieser geänderten Perspektive in verschiedener Weise Rechnung:

- Neu aufgenommen wurde ein Merkmal „Erwerbsstatus“, welches differenziert den Zusammenhang zwischen Sozialhilfebezug und Erwerbstätigkeit/Arbeitslosigkeit/sonstige Nichterwerbstätigkeit beschreibt.

HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach Typ der Bedarfsgemeinschaft und besonderer sozialer Situation¹

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Tod eines Familienmitgliedes	Trennung/Scheidung	Geburt eines Kindes	Freiheitsentzug/Haftentlassung	Stationäre Unterbringung eines Familienmitgliedes	Suchtabhängigkeit	Über-schulung	Ohne eigene Wohnung	Keine dieser sozialen Situationen
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	8	-	-	16	-	52	64	94	6 350
Ehepaare mit einem Kind unter 18 Jahren	27	-	180	12	-	33	81	174	312
Ehepaare mit zwei Kindern unter 18 Jahren	4	-	140	16	12	36	156	248	8 832
Ehepaare mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	37	-	104	28	-	25	162	236	9 827
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder	34	184	-	6	-	40	22	56	1 230
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit einem Kind unter 18 Jahren	12	192	189	6	9	12	15	21	1 155
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit zwei Kindern unter 18 Jahren	4	200	108	-	-	-	12	16	764
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	11	145	61	5	-	-	21	-	550
Männliche einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände	78	297	-	125	9	572	107	507	8 979
Weibliche einzeln nachgewiesene Haushaltsvorstände	737	2 102	-	13	17	168	42	234	10 137
Haushaltsvorstände männlich mit einem Kind unter 18 Jahren	12	124	8	-	-	4	4	4	294
Haushaltsvorstände männlich mit zwei Kindern unter 18 Jahren	9	117	-	-	-	3	3	6	189
Haushaltsvorstände männlich mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	4	78	-	-	4	-	-	-	107
Haushaltsvorstände weiblich mit einem Kind unter 18 Jahren	174	5 586	1 992	28	16	22	70	278	8 461
Haushaltsvorstände weiblich mit zwei Kindern unter 18 Jahren	159	6 750	855	42	15	12	60	240	5 670
Haushaltsvorstände weiblich mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	128	3 736	264	21	22	8	21	137	3 073
Sonstige Bedarfsgemeinschaften mit 2 volljährigen Haushaltsangehörigen	2	2	-	-	-	2	-	4	100
Sonstige Bedarfsgemeinschaften mit 2 volljährigen und mindestens einem minderjährigen Haushaltsangehörigen	3	7	-	-	-	-	-	3	70
Sonstige Bedarfsgemeinschaften mit einem volljährigen und mindestens einem minderjährigem Haushaltsangehörigen	-	96	62	-	-	-	2	33	181
Sonstige einzeln nachgewiesene volljährige männliche Haushaltsangehörige	13	30	-	32	1	79	10	129	2 258
Sonstige einzeln nachgewiesene volljährige weibliche Haushaltsangehörige	21	111	-	1	3	15	5	89	1 627
Sonstige einzeln nachgewiesene minderjährige männliche Haushaltsangehörige	9	52	3	-	-	-	1	5	507
Sonstige einzeln nachgewiesene minderjährige weibliche Haushaltsangehörige	7	75	6	-	-	-	-	8	496
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	98	834	293	10	11	23	60	159	4 458
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	1 591	20 718	4 265	361	119	1 106	918	2 681	81 627

¹ bis zu zwei Nennungen pro Bedarfsgemeinschaft möglich

- Ersetzt wurde das alte Merkmal „Hauptursache“ durch das Merkmal „besondere soziale Situation“, das genauer als früher Lebensumstände beschreiben helfen soll, ohne einen ursächlichen Zusammenhang zu behaupten.
- Die Typisierung der Bedarfsgemeinschaften wurde aktualisiert.
- Die Quellen des angerechneten Einkommens sind differenziert beschreibbar.
- Der höchste allgemeinbildende Schulabschluß sowie der höchste Berufsausbildungsabschluß wurden als persönliche Merkmale in den Fragenkatalog aufgenommen.

Anhand dieser Neuerungen in der Statistik wird im folgenden ein Bild von den Lebenslagen der HLU-Empfänger in Schleswig-Holstein entworfen. Im Mittelpunkt stehen dabei die Aussagen, die erst nach der Neugestaltung der Statistik möglich wurden. Vergleiche mit der Bundesebene sowie mit früheren Erhebungsjahren werden dazu ausgeblendet.

Besondere soziale Situation der HLU-Empfänger

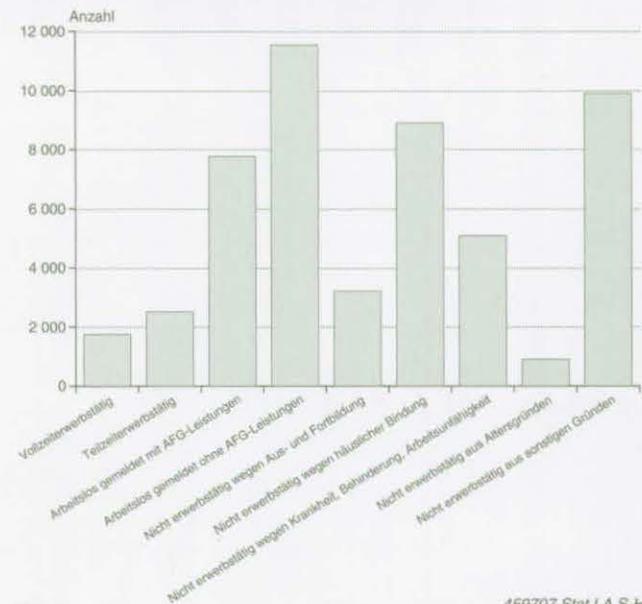
Die typischen Sozialhilferisiken, wenn man einmal absieht von Arbeitslosigkeit, werden deutlich, wenn das Merkmal „besondere soziale Situation“ in Zusammenhang mit dem Typ der Bedarfsgemeinschaft betrachtet wird. Die am häufigsten genannte soziale Situation ist die Trennung/Scheidung. Der Anteil der alleinstehenden und alleinerziehenden Frauen überwiegt dabei bei weitem den Anteil der alleinstehenden oder alleinerziehenden Männer. Der Zerfall von Partnerschaften stellt insbesondere für Frauen neben der Arbeits- oder Erwerbslosigkeit einen häufigen Anlaß für die Inanspruchnahme von Sozialhilfe dar. Für Männer scheint eine Trennung nicht in vergleichbarem Maße in die Abhängigkeit von Sozialhilfe zu führen. Weitere Lebenslagen, die vor allem für Frauen mit einem Bezug von Sozialhilfe einhergehen, sind der Tod eines Familienmitglieds und hier wohl vor allem des Ernährers sowie die Geburt eines Kindes.

Für alleinstehende Männer, in der Tabelle als „einzeln nachgewiesene männliche Haushaltsvorstände“ beschrieben, werden als besondere soziale Situation am häufigsten Suchtabhängigkeit und Wohnungslosigkeit genannt. Die Angaben sind jedoch nicht so häufig, daß daraus ein bedeutsames Sozialhilferisiko für Männer abgeleitet werden kann.

Der Anteil der Nennungen von „keine dieser sozialen Situationen“ ist auffallend hoch. Hier finden sich nicht

nur die HLU-Empfänger wieder, deren spezielle, individuelle Notlage nicht in den vordefinierten Ausprägungen dieses Merkmals enthalten ist, sondern vor allem auch die, deren Arbeitseinkommen zu niedrig ist oder die – aus unterschiedlichen Gründen – nicht-erwerbstätig sind. Das zeigt die Grafik, die die Ausprägungen des Erwerbsstatus für alle diejenigen abbildet, die ohne Angabe einer besonderen sozialen Situation waren.

HLU-Empfänger am 31.12.1995 ohne Angabe einer besonderen sozialen Situation



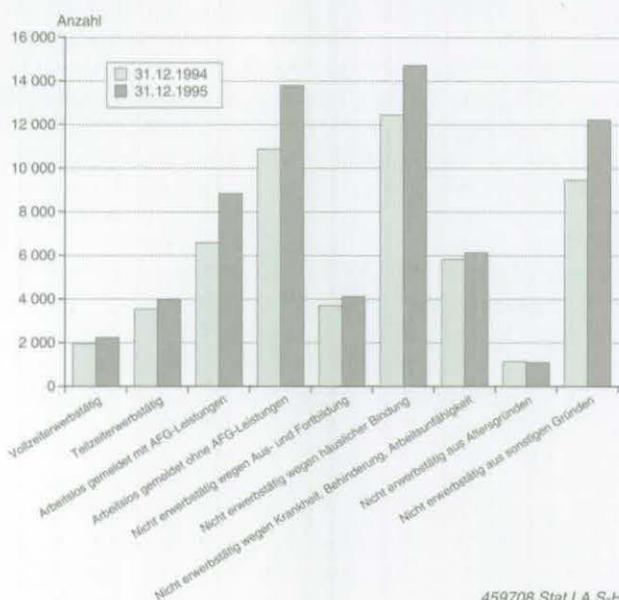
459707 Stat.LA S-H

Erwerbsstatus der HLU-Empfänger

Ende 1995 war mehr als ein Viertel der HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter arbeitslos gemeldet. Ein weiteres Viertel ist aus sonstigen Gründen nicht erwerbstätig oder es liegt zu diesem Merkmal keine Angabe vor. Dieses zweite Viertel umfaßt vermutlich vor allem Arbeitslose, die nicht als solche dem Arbeitsamt gemeldet sind. Ohne eindeutig sagen zu können, wie viele der Sozialhilfeempfänger der Dunkelziffer der Arbeitslosenzahlen zuzurechnen sind, ist eines deutlich: In der Gesamtbetrachtung aller HLU-Empfänger drängt sich die Arbeitslosigkeit als wesentliches Erklärungsmuster für den Bezug von Sozialhilfe auf.

Die Abbildung auf der Folgeseite zeigt, daß die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger vom Jahresende 1994 bis zum Jahresende 1995 deutlich angestiegen ist. Im Vergleich zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein hat sich jedoch die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger überproportional entwickelt.

HLU-Empfänger im erwerbsfähigen Alter nach Erwerbsstatus



459708 Stat.LA S-H

Gemeldete Arbeitslose und arbeitslos gemeldete HLU-Empfänger am 31.12.1995

	1994	1995	Veränderung 1995 gegenüber 1994 in %
Gemeldete Arbeitslose	104 249	109 548	5,1
darunter			
Arbeitslos gemeldete HLU-Empfänger	17 454	22 626	29,6
mit AFG-Bezügen ¹	6 575	8 835	34,4
ohne AFG-Bezüge	10 879	13 791	26,8
Anteil der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger an gemeldeten Arbeitslosen in %	16,7	20,7	x

¹ Bezüge nach dem Arbeitsförderungsgesetz (AFG-Bezüge) sind Arbeitslosengeld oder -hilfe.

Während 1995 die Zahl der HLU-Empfänger gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 20 % stieg, hat die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger bei der Jahresendbestandserhebung 1995 gegenüber 1994 um fast 30 % zugenommen. Die Zahl der arbeitslosen HLU-Empfänger, die Arbeitslosengeld

oder -hilfe erhielten, ist sogar um mehr als 34 % gestiegen. Dieser Zuwachs übersteigt nicht nur bei weitem den der Sozialhilfeempfänger insgesamt, sondern vor allem auch den der Zahl der Arbeitslosen, die Ende Dezember 1995 nur um 5 % höher lag als Ende Dezember 1994. Im Jahresdurchschnitt hat sich die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein sogar nur um 0,1 Prozentpunkt auf 9,1 % gesteigert.

Die Zunahme der Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger verteilt sich auf alle Altersgruppen von erwerbsfähigen Empfängern. Der überproportionale Anstieg müßte eingehender untersucht werden, da sich für diese Entwicklung kein Erklärungsmuster anbietet.

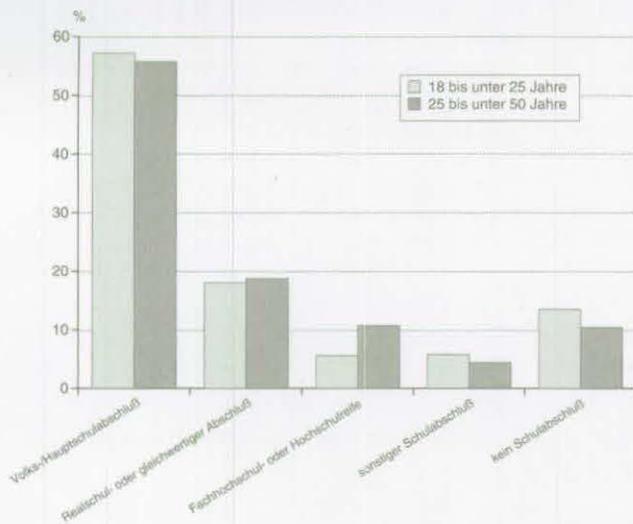
Schulische und berufliche Ausbildung der HLU-Empfänger

Die Frage im Erhebungsbogen nach der schulischen und beruflichen Ausbildung konnten viele Sozialämter nicht beantworten, weil sie in ihren Unterlagen nicht die entsprechenden Angaben hatten. Für im Ausland erworbene Abschlüsse sollte eine Zuordnung zu den vergleichbaren deutschen Abschlüssen erfolgen. Auch das brachte größere Probleme mit sich, weil diese oft nicht so direkt vergleichbar waren. Aus diesen Gründen ist der Anteil der „unbekannt“-Angaben außerordentlich hoch. Die Altersstruktur dieser HLU-Empfänger ist jedoch grundsätzlich vergleichbar mit der aller HLU-Empfänger, wenn auch die jeweils höheren Altersgruppen etwas stärker bei den „unbekannt“-Angaben vertreten sind. Es erscheint also gerechtfertigt, die folgenden Interpretationen auf die Gesamtheit derjenigen HLU-Empfänger, für die die fraglichen Angaben vorliegen, zu stützen.

Die folgenden Betrachtungen beziehen sich also auf die Anteile der HLU-Empfänger, die einen bestimmten Schul- bzw. Berufsausbildungsabschluß haben. Ausgeklammert wurden die Personen, für die diese Merkmale nicht bekannt waren und die, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befanden.

Der Anteil der Haupt-/Volksschüler ist in den beiden dargestellten Altersgruppen der höchste. Bei den 18- bis 25jährigen ist der Anteil der Hauptschüler und der Anteil ohne Schulabschluß unter den HLU-Empfängern sogar noch etwas höher als bei den 25- bis 50jährigen. In einer Zeit, in der immer mehr Kinder ein Gymnasium besuchen, in der also die durchschnittliche formale Qualifikation stark ansteigt, darf man annehmen, daß die besser Qualifizierten diejenigen mit geringerer Schulbildung vom Arbeitsmarkt verdrängen bzw. sie in besonders niedrig entlohnte Segmente des Arbeitsmarktes drängen mit der Folge eines besonders hohen Anteils derer ohne hohe formale Qualifikation an den HLU-Empfängern.

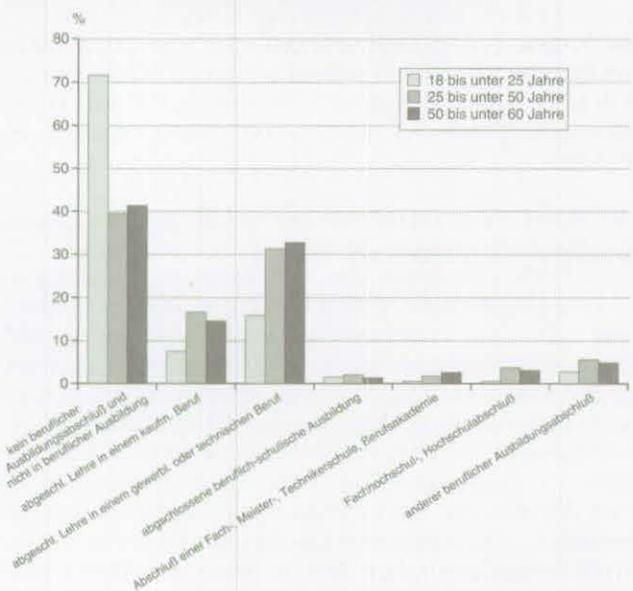
18- bis 50jährige HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach höchstem Schulabschluß



459709 Stat.LA S-H

Eine vergleichbare Beobachtung ergibt sich, wenn man das Merkmal des höchsten Berufsausbildungsabschlusses in den Blick nimmt. Da die vor Jahrzehnten erworbenen Berufsausbildungsabschlüsse in den hier erhobenen Merkmalsausprägungen eher mit den heutigen vergleichbar sind als die Schulabschlüsse, werden in diese Betrachtung die 50- bis unter 60jährigen HLU-Empfänger mit einbezogen. Bei den 18- bis 25jährigen liegt der Anteil ohne Abschluß mit über 70 % sehr hoch.

18- bis 50jährige HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach höchstem Berufsausbildungsabschluss



459709 Stat.LA S-H

In den beiden anderen Altersgruppen erreicht er immerhin noch rund 40 %. Deutlich niedriger dagegen fallen die Anteile der jungen Erwachsenen im Vergleich zu denen der höheren Altersgruppen aus, die eine Lehre abgeschlossen haben. Die anderen Arten von Berufsabschlüssen kommen erstaunlich selten vor.

Eine abgeschlossene Ausbildung vermindert also die Wahrscheinlichkeit, Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen. Allein der Anteil von HLU-Empfängern mit einer abgeschlossenen gewerblichen oder technischen Lehre nimmt in den Altersgruppen der 18- bis 50jährigen mit Werten um 32 % eine relevante Größenordnung ein.

Einige interessante Unterschiede des Sozialhilferisikos werden deutlich, wenn man den höchsten Berufsausbildungsabschluss in Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus betrachtet. Die Tabelle auf der Folgeseite zeigt, wieviel von den HLU-Empfängern, die eine bestimmte Ausbildung haben, vollzeiterwerbstätig, teilzeiterwerbstätig usw. sind.

Die quantitativ bedeutsamste Kategorie ist die der HLU-Empfänger, die keinen beruflichen Abschluß haben und sich auch nicht in beruflicher Ausbildung befinden. Ungewöhnlich nimmt sich unter ihnen der hohe Anteil von 16,1 % der wegen Aus- und Fortbildung nicht Erwerbstätigen aus. Dabei handelt es sich um Jugendliche in schulischer Ausbildung, für die aus Mangel an Alternativen diese Kategorie angekreuzt wurde.

Auffällig ist für die HLU-Empfänger, die eine kaufmännische Lehre abgeschlossen haben, der im Vergleich zum Abschluß einer anderen Lehre relativ hohe Anteil in den Kategorien „teilzeiterwerbstätig“ und „nicht erwerbstätig wegen häuslicher Bindung“. Hier finden sich überwiegend Frauen wieder, die nicht aufgrund von Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe rutschen, sondern aufgrund ihrer Erziehungstätigkeit, die sie oft alleine wahrnehmen. Im Gegensatz dazu stehen die hohen Anteile der arbeitslos Gemeldeten mit und ohne AFG-Bezüge, die eine gewerbliche oder technische Lehre abgeschlossen haben. Branchen, die hier einzuordnen sind, waren auch in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren von strukturellen und konjunkturellen Krisen betroffen.

Als letzter hervorzuhebender Aspekt ist die Art der Akademikerarbeitslosigkeit zu nennen. Die Anzahl der HLU-Empfänger mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss ist zwar insgesamt gering. Unter ihnen finden sich jedoch mit 42,7 % besonders viele, die arbeitslos gemeldet ohne AFG-Bezüge sind. Hierbei wird es sich um frischgebackene Fachhochschul- und Hochschulabsolventen handeln, die noch keine Gelegenheit hatten, Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung zu erwerben.

Erwerbsfähige HLU-Empfänger am 31.12.1995 nach Erwerbsstatus und höchstem Berufsausbildungsabschluß

Art des Abschlusses der Berufsausbildung	Ins-gesamt	Davon ... in %								
		Erwerbstätige		Arbeitslose		Nichterwerbstätige				
		Vollzeit	Teilzeit	mit AFG-Be-zügen	ohne AFG-Be-züge	wegen Aus-und Fort-bildung	wegen häus-licher Bin-dung	wegen Krank-heit, Behin-derung	aus Alters-grün-den	aus sonsti-gen Grün-den
Kein beruflicher Aus-bildungsabschluß und nicht in beruflicher Ausbildung	16 723	2,3	5,0	11,0	21,8	16,1	21,0	8,5	1,7	12,5
Noch in beruflicher Ausbildung	744	–	2,8	3,8	3,2	73,1	6,9	1,6	0,1	8,5
Abgeschlossene Lehre in kaufmännischem Beruf	4 172	4,6	10,7	16,0	18,1	0,8	35,6	6,9	0,8	6,5
Abgeschlossene Lehre in gewerblichem oder technischem Beruf	8 164	4,9	6,2	24,2	27,3	1,2	21,1	7,6	0,6	6,8
Abgeschlossene beruflich-schulische Ausbildung	521	4,4	7,7	16,9	17,7	1,3	36,9	6,9	0,6	7,7
Abschluß einer Fach-, Meister-, Techniker-schule, Berufs-, Fachakademie	468	4,1	7,5	19,0	32,3	1,3	17,5	9,8	1,1	7,5
Fachhochschul-, Hochschulabschluß	844	2,6	6,2	14,3	42,7	2,6	15,2	4,0	0,8	11,6
Anderer beruflicher Abschluß	1 393	5,6	8,3	15,6	24,2	2,2	27,3	7,8	1,3	7,8
Unbekannt	34 070	3,3	5,6	11,1	18,2	2,0	21,0	10,5	2,0	26,3
Insgesamt	67 099	3,3	5,9	13,2	20,6	6,1	21,9	9,1	1,6	18,2

Ökonomische Situation der Bedarfsgemeinschaften

Nach dem BSHG setzt sich der Bruttobedarf einer Bedarfsgemeinschaft an Hilfe zum Lebensunterhalt zusammen aus den Regelsätzen, den Kosten für Miete/Eigenheim, den laufenden Kosten für Heizung, den Beiträgen zur Krankenversicherung oder Alterssicherung sowie den Mehrbedarfszuschlägen. Vom so definierten Bruttobedarf wird das Einkommen der Bedarfsgemeinschaft abgezogen, um den Anspruch auf Sozialhilfe – hier als Nettoanspruch bezeichnet – zu berechnen. In der Sozialhilfestatistik wird sowohl der Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaften erhoben als auch die Höhe der bewilligten Sozialhilfe – der Nettoanspruch. Als Bestandteil des Bruttobedarfs wird darüber hinaus noch die angerechnete Kaltmiete abgefragt. Dies ermöglicht, die Auswirkungen des Mietpreinsniveaus auf die Ausgaben für Sozialhilfe zu analysieren.

Die Art des eingesetzten Einkommens zur Berechnung des Sozialhilfeanspruchs wird direkt abgefragt, nicht dagegen die Höhe. Die läßt sich jedoch als Differenz zwischen Bruttobedarf und Nettoanspruch ermitteln.

Als Einkommen im Sinne des BSHG gelten alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert mit Ausnahme der Sozialhilfe selbst, der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz und der Renten oder Beihilfen, die nach dem Bundesentschädigungsgesetz gezahlt werden. Vom Einkommen abgesetzt werden noch die gezahlten Steuern, Versicherungs- und Sozialversicherungsbeiträge, Werbungskosten und in beschränktem Umfang zusätzliche Beträge. Diese zusätzlich absetzbaren Beträge haben den Zweck, einen Anreiz zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit zu schaffen. Sie bewirken, daß das Erwerbseinkommen nicht in gleichem Ausmaß zu einer Minderung des Nettoanspruchs an Sozialhilfe führt.

Ökonomische Situation der Bedarfsgemeinschaften am 31.12.1995

Typ der Bedarfsgemeinschaft	Kalt- miete	Netto- anspruch	Angerechnetes Einkommen
	DM pro Monat		
Bedarfsgemeinschaften mit Haushaltsvorstand			
Ehepaare ohne Kinder unter 18 Jahren	591	787	934
Ehepaare mit Kindern unter 18 Jahren			
mit einem Kind unter 18 Jahren	697	980	1 114
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	796	1 128	1 403
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	964	1 358	1 913
Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder unter 18 Jahren	561	818	863
Nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren			
mit einem Kind unter 18 Jahren	697	925	1 159
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	784	1 077	1 460
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	871	1 112	2 023
Einzel nachgewiesene Haushaltsvorstände			
männlich	382	683	349
weiblich	430	630	574
Haushaltsvorstände männlich mit Kindern unter 18 Jahren			
mit einem Kind unter 18 Jahren	582	879	799
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	707	1 081	1 227
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	885	1 220	1 701
Haushaltsvorstände weiblich mit Kindern unter 18 Jahren			
mit einem Kind unter 18 Jahren	590	917	828
mit zwei Kindern unter 18 Jahren	710	1 044	1 249
mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren	836	1 227	1 726
Bedarfsgemeinschaften ohne Haushaltsvorstand			
Sonstige Bedarfsgemeinschaften			
mit zwei volljährigen Haushaltsangehörigen	278	864	464
mit zwei volljährigen und mindestens einem minderjährigen Haushaltsangehörigen	352	1 056	708
mit einem volljährigen und mindestens einem minderjährigem Haushaltsangehörigen	266	750	575
Sonstige einzeln nachgewiesene			
volljährige männliche Haushaltsangehörige	91	460	138
volljährige weibliche Haushaltsangehörige	112	456	185
minderjährige männliche Haushaltsangehörige	76	338	222
minderjährige weibliche Haushaltsangehörige	72	310	215
Anderweitig nicht erfaßte Bedarfsgemeinschaften	490	934	893
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	505	795	760

Die weite Definition des Einkommens bewirkt, daß nur bei einem Anteil von 9,7 % aller Bedarfsgemeinschaften gar kein Einkommen angerechnet werden kann. Hier handelt es sich überwiegend um Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften, die sich über das ganze erwerbsfähige Altersspektrum verteilen.

Bei den meisten Typen von Bedarfsgemeinschaften ist das angerechnete Einkommen im Durchschnitt sogar höher als der verbleibende Nettoanspruch an Hilfe zum Lebensunterhalt. Dieses verdeutlicht den lediglich ergänzenden Charakter der Sozialhilfe für die meisten Bedarfsgemeinschaften.

Angerechnetes Einkommen und Nettoanspruch von Bedarfsgemeinschaften am 31.12.1995 nach Haupteinkommensarten

Haupteinkommensart	Bedarfsgemeinschaften		Durchschnittlich angerechnetes Einkommen	Durchschnittlicher Nettoanspruch der Bedarfsgemeinschaften
	Anzahl	%	DM pro Monat	
Einkünfte aus unselbständiger Arbeit	6 550	11,2	1 112	645
Einkünfte aus selbständiger Arbeit	86	0,1	254	878
Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente	1 542	2,6	1 200	450
Altersrente	3 641	6,2	924	506
Hinterbliebenenrente	2 277	3,9	1 025	446
Versorgungsbezüge	24	0,0	1 581	717
Renten aus betrieblicher Altersversorgung	12	0,0	1 168	713
Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung	243	0,4	1 352	512
Arbeitslosengeld	2 594	4,4	1 345	481
Arbeitslosenhilfe	3 423	5,9	1 260	417
Unterhaltsvorschuß oder -ausfallleistung	1 584	2,7	791	965
Kindergeld	6 323	10,8	732	1 035
Wohngeld	17 526	30,0	480	1 025
Private Unterhaltsleistungen	3 797	6,5	1 054	751
Sonstige Einkünfte	3 062	3,2	960	655
Kein Einkommen	5 689	9,7	0	853
Bedarfsgemeinschaften insgesamt	58 373	100	760	795

Mit der Kinderzahl steigt das angerechnete Einkommen der Bedarfsgemeinschaft, zu dem auch das Kindergeld zählt. Da das Kindergeld geringer ist als der Regelsatz für ein Kind, steigt normalerweise auch der Nettoanspruch bei Bedarfsgemeinschaften, zu denen mehr Kinder gehören.

Eine besondere Bedeutung für den Anstieg der Sozialhilfeausgaben haben insbesondere die Mieten. 1995 betrug der Durchschnitt aller von Bedarfsgemeinschaften gezahlten Kaltmieten 505 DM. Insgesamt wurden 29,5 Mill. DM für Miete von HLU-Empfängern gezahlt. 1994 hatten die Vergleichszahlen noch bei 476 DM durchschnittlicher Kaltmiete und bei 23,6 Mill. DM Mietsumme gelegen.

In der Sozialhilfestatistik wird zum einen nach der Art des eingesetzten Einkommens gefragt. Hier werden alle Einkommensarten im Sinne des BSHG ermittelt. Zum anderen sind die Sozialämter aufgefordert, für jede der Bedarfsgemeinschaften anzugeben, welches die hauptsächliche Einkommensart darstellt. Zusammen mit dem angerechneten Einkommen und dem Nettoanspruch an die Sozialhilfe kann nun festgestellt werden, in welcher Höhe durchschnittlich für verschiedene Einkommensarten ergänzende Sozialhilfe

gezahlt werden muß. In der obigen Übersicht ist dies für die Haupteinkommensarten dargestellt.

Auffällig ist zunächst der hohe Anteil von 11,2 % aller Bedarfsgemeinschaften, die Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit haben, damit aber nicht alleine oder mit ihrer Familie das Sozialhilfeniveau erreichen. Weniger ins Gewicht fällt demgegenüber der Anteil der Bedarfsgemeinschaften mit Einkünften aus selbständiger Tätigkeit. Es wird immer Selbständige geben, die ihre Tätigkeit wieder aufgeben müssen, weil sie nicht genügend Einkommen abwirft, und immer welche, die während der Startphase der Selbständigkeit noch kein ausreichendes Einkommen erzielen.

Sehr viele Bedarfsgemeinschaften erhalten Wohn- und/oder Kindergeld. In den Fällen, in denen diese Leistungen die Haupteinkommensquelle darstellen, muß in erheblichem Umfang ergänzende Sozialhilfe gezahlt werden. Ein Anteil von 6,5 % aller Bedarfsgemeinschaften erhält private Unterhaltsleistungen. Dabei handelt es sich in erster Linie um Bedarfsgemeinschaften mit weiblichem Haushaltsvorstand – vermutlich meist nach einer Trennung vom Ehemann –, in der überwiegenden Mehrzahl um alleinerziehende Mütter.

Obwohl von Bedarfsgemeinschaften mit Einkünften aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit Einkommen in ähnlicher Höhe angerechnet werden kann, wie von Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen, ist der durchschnittliche Nettoanspruch der beiden erstgenannten Bedarfsgemeinschaften mit Arbeitseinkommen höher als der für Bedarfsgemeinschaften, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen. Der Grund dafür ist, daß der Anteil der Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften bei den Beziehern von Einkünften aus selbständiger und unselbständiger Tätigkeit deutlich geringer ist als bei den Beziehern von Arbeitslosengeld und -hilfe. Der Anteil der Zwei- und Drei-Personen-Bedarfsgemeinschaften liegt dagegen erheblich höher und damit auch der Bruttobedarf der Bedarfsgemeinschaften sowie entsprechend der durchschnittliche Nettoanspruch.

Den im Durchschnitt geringsten Nettoanspruch auf ergänzende Sozialhilfe haben Bedarfsgemeinschaften, die Alters- oder Hinterbliebenenrente sowie Arbeitslosengeld bzw. -hilfe erhalten. In diesen Fällen ergänzt die Sozialhilfe die Leistungen aus den vorgelegerten Systemen der sozialen Sicherung. Zusammen mit den Bedarfsgemeinschaften, deren Haupteinkommen aus Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung oder aus der gesetzlichen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente besteht, machen die Bedarfsgemeinschaften mit einem Haupteinkommen aus der gesetzlichen Sozialversicherung einen Anteil von 23,5 % an allen Bedarfsgemeinschaften aus. Grob gesehen erhält also etwa jede vierte Bedarfsgemeinschaft Hilfe zum Lebensunterhalt, weil ihre in der Sozialversicherung erworbenen Ansprüche bei Eintritt eines Versicherungsfalles nicht für die Führung eines menschenwürdigen Lebens ausreichen (§ 1 Abs. 2 BSHG).

Wenn die jüngst diskutierten Pläne zur Begrenzung der Bezugsdauer von Arbeitslosenhilfe auf ein Jahr umgesetzt werden, wird die Zahl der Bedarfsgemeinschaften, deren Haupteinkommen die Arbeitslosenhilfe ist, zurückgehen. Gleichzeitig werden diese Empfängergemeinschaften nicht mehr mit ergänzender Sozialhilfe von durchschnittlich 417 DM im Monat auskommen. Unter ansonsten gleichbleibenden Umständen ist dann mit einem stärkeren Anstieg der Ausgaben für Sozialhilfe zu rechnen.

Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt

Den Ausgaben für Sozialhilfe stehen Einnahmen aus Kostenersatz und Erstattungen gegenüber, die 1995 in Schleswig-Holstein rund 22,3 % und 1996 sogar 22,9 % der Gesamtausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt ausmachten. Der Saldo aus Ausgaben und

HLU-Empfänger am 31.12.1995 und reine Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt 1995 nach Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Empfänger	Reine Ausgaben	Reine Ausgaben je Einwohner ¹
	Anzahl	Mill. DM	DM
FLENSBURG	7 910	48,4	554
KIEL	18 575	132,6	539
LÜBECK	13 145	92,6	427
NEUMÜNSTER	4 843	34,9	427
Dithmarschen	4 785	23,6	177
Hzgt. Lauenburg	6 282	30,9	182
Nordfriesland	5 189	27,6	174
Ostholstein	6 496	34,8	176
Pinneberg	10 708	59,8	212
Plön	3 474	20,0	159
Rendsburg-Eckernförde	8 398	41,5	161
Schleswig-Flensburg	5 221	31,8	169
Segeberg	6 391	30,8	130
Steinburg	4 664	24,4	183
Stormarn	5 283	27,1	130
Schleswig-Holstein	111 364	660,1	243

¹ Bevölkerung am 31.12.1995

Einnahmen wird in der Statistik als „Reine Ausgaben“ ausgewiesen. 1995 fielen an reinen Ausgaben für die Sozialhilfe rund 1,8 Mrd. DM an. Davon wurden 661 Mill. DM für Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen gezahlt. Obwohl also 80,2 % aller Sozialhilfeempfänger Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten, wird für sie nur ein Anteil an den reinen Ausgaben von 36,7 % aufgewendet. Dieser relativ niedrige Anteil ist darauf zurückzuführen, daß ein großer Teil der HLU-Empfänger auf Einkommen aus anderen Quellen – wie bereits dargestellt – zurückgreifen kann, dieses jedoch nicht ausreicht, um für den Lebensunterhalt der Bedarfsgemeinschaft aufzukommen und deshalb ergänzende Sozialhilfe als Hilfe zum Lebensunterhalt beantragt wird. So erhielt 1995 ein Anteil von 33 % der Bedarfsgemeinschaften weniger als 500 DM ergänzende Sozialhilfe und ein Anteil von 5,3 % sogar weniger als 100 DM.

Für die Sozialhilfeausgaben zum Lebensunterhalt sind die Kreise und kreisfreien Städte als örtliche Träger der Sozialhilfe zuständig. Die Ausgaben für Sozialhilfe sind nach Kreisen sehr unterschiedlich, je nachdem, wie häufig nicht der ganze Regelsatz, son-

Anteile der HLU-Empfänger, die 15 Jahre und älter sind, am 31.12.1995 nach Kreisen in %

KREISFREIE STADT Kreis	Erwerbstätig		Arbeitslos gemeldet			Nicht erwerbstätig				Ins- gesamt
	Vollzeit	Teilzeit	mit AFG- Bezügen	ohne AFG- Bezüge	wegen Aus- und Fort- bildung	wegen häus- licher Bin- dung	wegen Krank- heit, Behin- derung	aus Alters- gründen	aus son- stigen Grün- den	
FLENSBURG	2,7	3,6	18,2	27,8	6,4	21,9	8,1	1,8	9,6	100
KIEL	2,1	4,7	15,0	28,5	6,8	25,0	9,9	1,9	6,0	100
LÜBECK	2,4	4,6	11,9	24,8	5,7	23,1	9,5	1,7	16,3	100
NEUMÜNSTER	3,6	5,8	16,0	18,9	8,3	23,9	10,5	1,8	11,2	100
Dithmarschen	1,6	5,2	10,1	14,1	3,4	20,1	7,4	1,0	37,1	100
Herzogtum Lauenburg	4,8	8,3	11,0	18,2	5,5	19,4	9,5	2,2	21,1	100
Nordfriesland	3,2	5,6	8,3	12,3	4,2	22,0	8,1	1,2	35,1	100
Ostholstein	4,3	7,2	13,7	19,0	5,4	23,0	10,0	1,0	16,5	100
Pinneberg	4,3	6,1	14,1	16,9	6,0	19,5	8,6	1,6	22,9	100
Plön	8,5	7,6	12,1	12,4	7,2	19,7	8,2	1,5	22,8	100
Rendsburg- Eckernförde	3,1	7,9	12,1	16,9	5,0	21,8	7,9	1,7	23,5	100
Schleswig-Flensburg	3,7	6,9	11,4	13,8	8,5	20,8	9,3	1,6	23,9	100
Segeberg	3,9	7,1	13,1	17,3	7,0	20,1	10,0	1,6	19,9	100
Steinburg	2,7	7,3	13,5	19,1	5,7	23,5	7,4	1,6	19,2	100
Stormarn	4,2	6,3	9,6	17,3	6,8	17,1	10,3	1,2	27,1	100

Lesebeispiel: Von allen HLU-Empfängern über 15 Jahren in Flensburg waren 2,7 % vollzeiterwerbstätig. 21,9 % waren wegen häuslicher Bindung nicht erwerbstätig. Die Summe der Anteile für Flensburg addiert sich zu 100.

dem nur ergänzende Sozialhilfe gezahlt werden muß. Zur Zeit ermöglicht die amtliche Sozialhilfestatistik bedauerlicherweise noch keine Angaben dazu, wie viele Personen während eines Jahres Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, da die Erhebung als Jahresendbestandserhebung durchgeführt wird und die unterjährige Fortschreibung noch zu keinen brauchbaren Ergebnissen führte. Die Statistik der Ausgaben für Sozialhilfe bezieht sich aber auf das ganze Jahr. Außerdem umfaßt sie neben den laufenden Leistungen für Hilfe zum Lebensunterhalt auch einmalige Leistungen und Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit.

Einen Anhaltspunkt für die unterschiedliche Belastung der örtlichen Träger mit Sozialhilfeausgaben liefern die reinen Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt je Einwohner.

Am stärksten sind die kreisfreien Städte, gefolgt vom Kreis Pinneberg mit reinen Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt belastet. Für die kreisfreien Städte ist dies – mit Ausnahme der Stadt Neumünster – auch anhand der Struktur der HLU-Empfänger erklärbar. Flensburg, Kiel und Lübeck weisen sehr

niedrige Anteile bei den voll- und teilzeiterwerbstätigen Empfängern auf, aber einen besonders hohen Anteil der arbeitslos gemeldeten Empfänger ohne AFG-Bezüge. Zur Erklärung der hohen Pro-Kopf-Ausgaben von Neumünster und Kreis Pinneberg müßte eine differenziertere Analyse der Kosten vorgenommen werden, die neben den Angaben aus der unterjährigen Fortschreibung auch die Einmalleistungen und die Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit mit einbezieht.

Nach Jahren des starken Anstiegs sind die Gesamtausgaben für Sozialhilfe in Schleswig-Holstein 1996 erstmalig gesunken, und zwar um 1,6 % auf rund 2,2 Mrd. DM. Dabei entwickelten sich die beiden Arten der Sozialhilfe unterschiedlich. Während die Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt um 3,3 % auf etwa 902 Mill. DM stiegen, fielen die für Hilfe in besonderen Lebenslagen um 4,8 % auf rund 1,3 Mrd. DM.

Das relativ geringe Ausmaß beim Anstieg der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt ist u. a. darauf zurückzuführen, daß zum August 1996 eine Reform des Sozialhilferechts in Kraft trat, die den Anstieg der Ko-

sten für Sozialhilfe bremste. Da die Kürzung der Arbeitslosenhilfe ab 1996 gleichzeitig expansiv auf die Sozialhilfeausgaben wirkte, kam es nicht zu einem absoluten Rückgang oder einem noch deutlicheren abgebremsten Anstieg der Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt.

Obwohl die Einnahmen der Sozialhilfe 1996 mit 10 % relativ stark angestiegen waren, nahmen auch die reinen Ausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt um 3,2 % zu.

Fazit

Es konnte gezeigt werden, daß sich die Aussagekraft der Sozialhilfestatistik mit dem neuen Erhebungskonzept erheblich verbessert hat. Sie wird sich noch weiter verbessern, wenn die Ergebnisse aus der quartalsweisen Fortschreibung vorliegen und damit Erkenntnisse über die Gründe des Ausscheidens aus der Sozialhilfe sowie über die unterjährige Dynamik des Sozialhilfebezugs.

Über einen Aspekt – nämlich die Dunkelziffer derjenigen, die zwar bedürftig sind, aber keine Sozialhilfe beantragen – kann jedoch keine noch so gute Sozialhilfestatistik Auskunft geben. Hier wären eingehende Spezialstudien notwendig. Doch auch dabei hätte jede Aussage über die Dunkelziffer den Charakter einer Hochrechnung.

Bei der Analyse konnten teilweise bekannte Vermutungen über die Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt bestätigt werden. Andere Fragen mußten unbeantwortet bleiben, wie z. B. die, warum es in Schleswig-Holstein relativ mehr HLU-Empfänger als in Deutschland gab und warum diese bereits relativ länger Sozialhilfe erhielten.

Die Frage im Erhebungsbogen nach der besonderen sozialen Situationen zeigte, daß eine Trennung/Schei-

dung vor allem für Frauen ein nicht zu unterschätzendes Sozialhilferisiko birgt, insbesondere wenn Kinder zu versorgen sind.

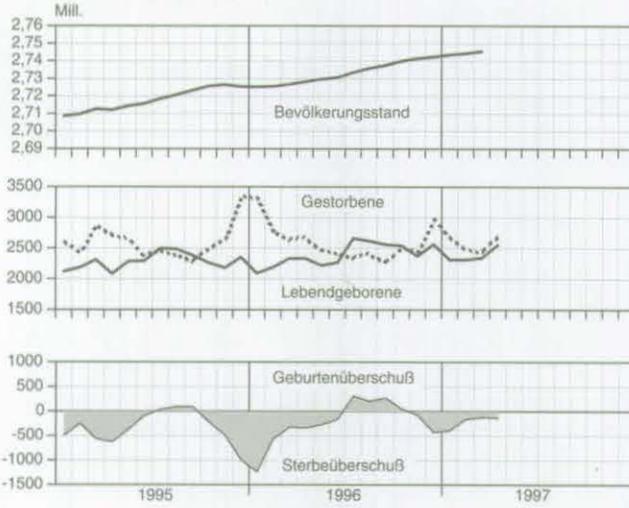
Als eine wesentliche Ursache für den Bezug von Sozialhilfe stellte sich erwartungsgemäß die Arbeitslosigkeit dar. Unklar blieb dabei, warum 1995 die Zahl der arbeitslos gemeldeten HLU-Empfänger wesentlich stärker stieg als die Zahl der in Schleswig-Holstein gemeldeten Arbeitslosen.

Einen gewissen Schutz davor, Sozialhilfe in Anspruch nehmen zu müssen, scheinen noch eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein qualifizierter Schulabschluß zu bieten. Ohne Berufsausbildung wird dagegen auch mit einer Erwerbstätigkeit nicht immer ein Einkommen oberhalb des Sozialhilfeniveaus erreicht. Der relativ hohe Anteil an gewerblichen oder technischen Berufen bei den HLU-Empfängern wird dagegen eher durch Arbeitslosigkeit als durch nicht ausreichendes Einkommen verursacht. Auch Absolventen einer Fachhochschule oder Hochschule sind zum Teil unter den HLU-Empfängern vertreten, mehrheitlich ohne AFG-Bezüge, vermutlich, weil sie nach der Ausbildung keine Arbeit fanden und deshalb keine Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung erwerben konnten.

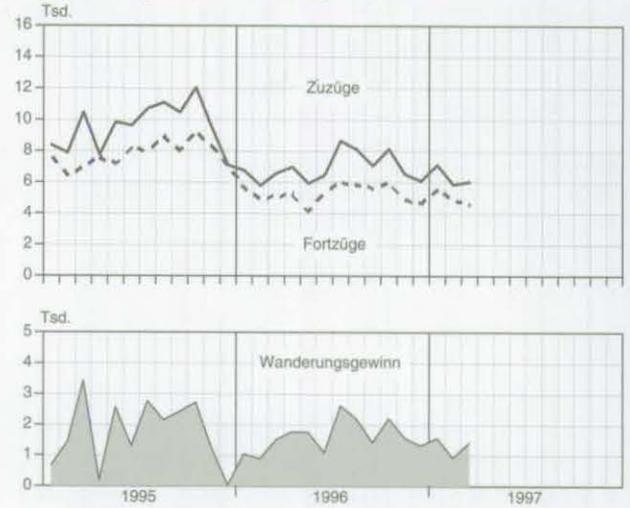
Deutlich geworden ist insbesondere die Abhängigkeit der Sozialhilfe – sowohl auf Empfänger- als auch auf der Ausgabenseite – von den vorgelagerten Systemen der sozialen Sicherung. Eine Begrenzung der Sozialhilfefälle auf Hilfe in individuellen Notlagen, wie es der Gesetzgeber 1962 beabsichtigte, hätte demzufolge eine Reform dieser vorgeschalteten Sicherungssysteme zur Voraussetzung. Das würde auch die Ausgaben für die Sozialhilfe in sinnvollerer Weise begrenzen als Leistungskürzungen. Solange die Sozialhilfe jedoch die großen heutigen Lebensrisiken Arbeitslosigkeit und Auseinanderfall von Familien absichern muß, wird sie mit Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen haben.

Dr. Anke Saebetzki

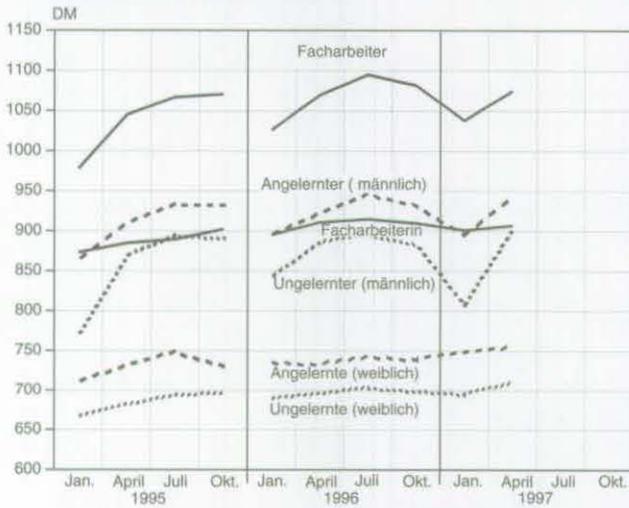
Bevölkerungsstand



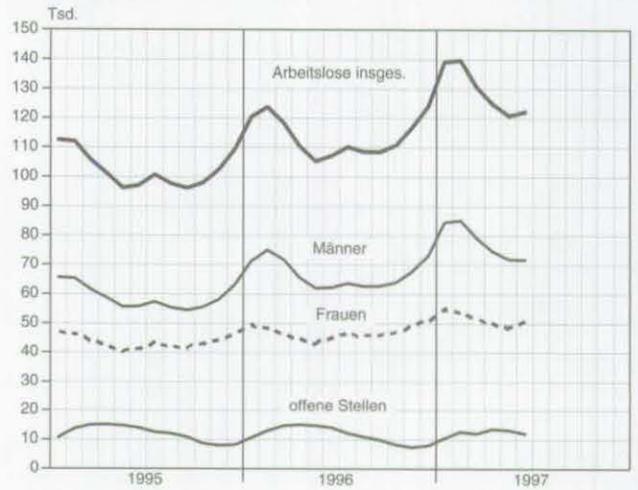
Bevölkerungsveränderung



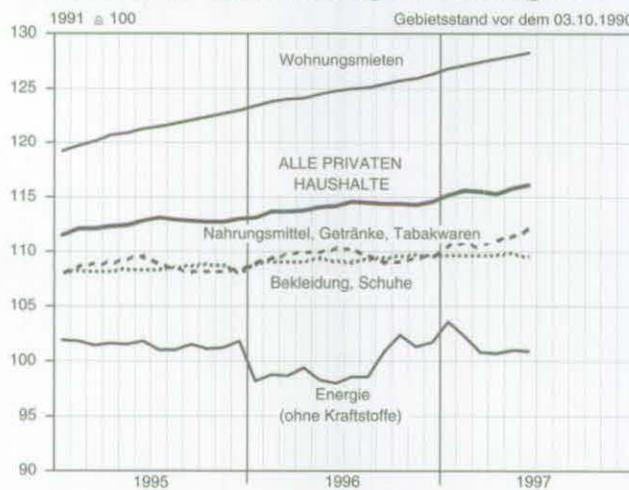
Bruttowochenverdienste¹



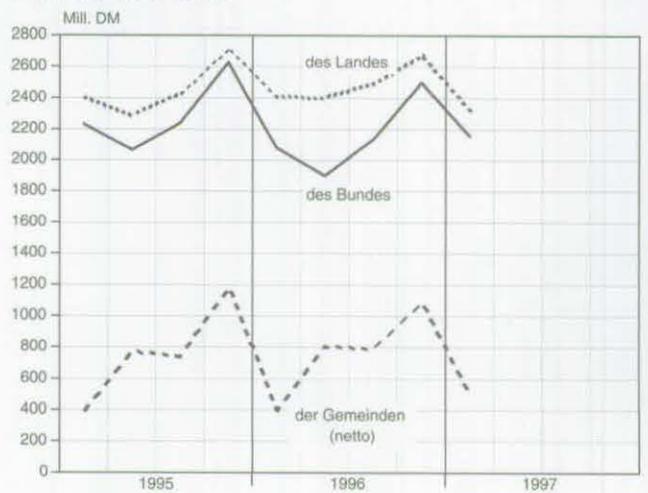
Arbeitslose



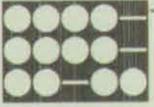
Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



Steuereinnahmen



¹ ab Januar 1996 neuer Berichtskreis und Umstellung auf WZ 93



<i>Daten zur Konjunktur</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 496	+ 15,0	2 921	+ 7,0
Verarbeitendes Gewerbe¹		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Beschäftigte	1 000	143	- 2,8	143	- 3,0
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	11	- 9,0	12	- 5,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	771	- 1,7	719	- 2,0
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 856	+ 2,8	3 908	+ 4,0
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 797	- 1,4	2 794	- 1,6
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 058	+ 16,2	1 114	+ 21,2
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige			+ 5,5		- 1,5
aus dem Inland			- 4,0		- 9,3
aus dem Ausland			+ 26,4		+ 14,0
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²		Mai 1997		Januar bis April 1997	
Beschäftigte	1 000	38	- 9,0
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	3	+ 13,1
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	135	+ 0,9
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	369	+ 15,7
Auftragseingang ³	Mill. DM	241	- 2,8
Baugenehmigungen⁴		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Wohnbau	Wohnungen	1 556	- 4,5	1 565	+ 7,9
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	309	- 21,2	401	- 8,8
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	104,0	- 2,1	98,1	- 0,4
Gastgewerbe		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	111,5	- 2,9	82,9	- 2,6
Fremdenverkehr⁵		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Ankünfte	1 000	465	+ 4,8	265	+ 2,2
Übernachtungen	1 000	2 145	- 4,1	1 162	- 6,3
Arbeitsmarkt		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Arbeitslose	Anzahl	120 807	+ 14,7	131 281	+ 13,1
Offene Stellen	Anzahl	13 136	- 10,5	12 218	- 5,3
Kurzarbeiter	Anzahl	7 890	+ 62,3	9 339	+ 3,3
Insolvenzen		Mai 1997		Januar bis Mai 1997	
Anzahl		65	- 7,1	79	- 0,3

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

**Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich**

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %													
		Januar bis Dez. 1996	Juni 1996	Juli 1996	August 1996	Sept. 1996	Okt. 1996	Nov. 1996	Dez. 1996	Jan. 1997	Febr. 1997	März 1997	April 1997	Mai 1997	
Verarbeitendes Gewerbe¹															
Beschäftigte	Land	- 4,4	- 4,8	- 5,4	- 5,1	- 4,8	- 4,0	- 4,3	- 4,5	- 3,7	r	3,2	- 2,7	- 2,5	- 2,8
	Bund	- 3,7	- 3,9	- 4,1	- 4,3	- 4,3	- 3,9	- 4,2	- 4,0	- 4,1	p	4,0	p	3,9	...
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 6,1	- 9,4	- 1,1	- 6,7	- 5,3	- 2,9	- 8,1	- 3,3	- 2,8	-	3,4	- 5,9	+ 0,2	- 9,0
	Bund	- 5,8	- 9,2	- 1,4	- 8,3	- 6,4	- 2,6	- 7,0	- 5,4	- 6,3	p	7,3	p	8,8	...
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,7	- 2,2	- 0,5	- 2,4	- 2,1	- 1,5	- 2,3	- 4,0	- 3,1	-	2,0	- 0,3	- 2,8	- 1,7
	Bund	- 0,7	- 2,3	+ 0,1	- 2,1	- 1,1	- 1,3	- 4,0	- 2,3	r	3,2	p	2,5	p	1,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 2,7	- 7,1	+ 8,8	+ 0,1	- 3,2	+ 6,3	- 14,2	- 1,8	+ 0,8	+ 6,4	- 2,6	+ 12,9	+ 2,8	...
	Bund	+ 0,2	- 4,5	+ 6,6	+ 3,1	+ 0,9	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,7	r	1,5	p	1,3	p	1,7
Inlandsumsatz	Land	- 2,5	- 10,2	+ 6,2	+ 0,4	- 2,3	+ 5,2	- 15,2	- 5,1	- 3,9	+ 1,1	- 8,6	+ 5,7	- 1,4	...
	Bund	- 1,8	- 6,4	+ 3,1	- 4,6	- 1,3	+ 4,1	- 2,3	- 1,2	- 1,5	p	1,7	p	4,4	...
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	+ 2,3	+ 17,8	- 1,5	- 5,8	+ 9,7	- 11,8	+ 7,2	+ 16,0	+ 21,0	+ 17,0	+ 34,6	+ 16,2	...
	Bund	+ 5,0	+ 0,1	+ 15,5	+ 0,8	+ 6,0	+ 13,3	+ 7,5	+ 5,0	r	8,7	p	7,3	p	4,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	- 4,3	+ 22,2	- 38,8	- 5,9	- 13,2	+ 3,6	- 5,0	+ 4,0	- 10,7	+ 11,0	- 3,0	- 8,3	+ 5,5	...
	Bund	- 0,2	- 2,0	+ 4,6	+ 0,2	- 2,6	+ 9,6	+ 0,9	- 1,2	r	2,8	+ 2,3	- 2,2	+ 12,9	...
aus dem Inland	Land	- 6,4	+ 28,6	- 48,8	- 6,2	- 13,2	- 0,6	- 6,0	- 1,1	- 16,6	- 5,7	- 6,6	- 12,4	- 4,0	...
	Bund	- 3,3	- 2,2	+ 0,4	- 4,9	- 6,3	+ 5,8	- 3,8	- 3,9	- 2,8	- 0,9	- 5,5	+ 7,6	...	
aus dem Ausland	Land	- 0,2	+ 9,0	+ 1,9	- 5,2	- 13,2	+ 11,4	- 3,3	+ 14,3	+ 2,1	+ 40,5	+ 4,1	- 0,5	+ 26,4	...
	Bund	+ 4,9	- 1,8	+ 11,7	+ 9,9	+ 4,0	+ 16,1	+ 8,8	+ 3,0	r	12,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 21,2	...
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	+ 5,0	-	-	+ 13,9	-	-	+ 5,0	-	-	-	1,4	-	-	...
	Bund	- 4,3	-	-	- 3,6	-	-	- 1,1	-	-	-	-	-	-	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²															
Beschäftigte	Land	- 6,1	- 5,5	- 5,7	- 6,2	- 5,7	- 5,9	- 5,0	- 6,0	- 8,8	- 9,5	- 8,5	- 9,1
	Bund	- 7,1	- 6,2	- 6,0	- 6,5	- 6,6	- 7,0	- 7,2	- 7,9	- 10,6	- 9,1	p	10,4
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 10,9	- 6,9	+ 7,5	- 7,0	+ 2,2	- 4,3	- 15,1	+ 17,1	+ 9,2	+ 74,4	+ 9,0	- 4,1
	Bund	- 9,9	- 7,6	+ 2,8	- 9,8	- 3,7	- 3,3	- 13,2	+ 3,2	- 18,2	+ 20,0	p	5,9
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 7,3	- 7,9	+ 1,5	- 8,0	- 1,7	- 2,9	- 15,2	+ 9,3	- 4,9	+ 12,0	+ 13,0	- 10,0
	Bund	- 6,8	- 9,1	+ 0,1	- 8,0	- 4,3	- 4,2	- 14,0	- 0,5	- 11,1	- 2,5	p	2,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 9,4	- 9,1	- 0,1	- 9,6	- 2,2	+ 0,1	+ 1,2	+ 9,1	- 2,8	+ 31,6	+ 22,8	+ 12,8
	Bund	- 4,9	- 2,6	+ 5,8	- 1,0	- 0,8	+ 2,8	- 2,6	- 1,4	- 5,2	+ 15,1
Auftragseingang ³	Land	- 12,7	+ 25,5	- 6,4	+ 2,3	- 6,4	- 26,1	- 35,8	+ 26,8	- 11,8	+ 29,3	- 18,3	+ 3,3
	Bund	- 7,9	- 5,7	- 2,7	- 5,4	- 9,4	- 4,5	- 15,4	- 3,3	- 16,1	r	0,3	- 8,0
Baugenehmigungen⁴															
Wohnbau (Wohnungen)	Land	- 10,7	+ 11,9	- 1,8	+ 1,6	- 19,0	+ 4,0	- 29,7	- 21,5	- 13,1	+ 18,6	- 3,7	+ 40,7	- 4,5	...
	Bund	p	14,6	- 2,3	- 10,6	- 13,8	- 10,0	- 8,8	- 18,1	- 25,4	- 14,2	- 9,7
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 7,0	+ 4,8	- 21,3	+ 0,3	- 46,7	+ 10,2	- 1,0	+ 53,9	+ 18,1	+ 26,3	+ 11,5	- 37,9	- 21,2	...
	Bund	p	2,8	+ 2,2	+ 6,9	- 5,1	+ 2,0	- 2,1	+ 2,3	- 1,4	+ 5,6	+ 12,0
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)															
Umsatz	Land	+ 1,9	- 3,2	+ 7,9	+ 2,5	+ 0,4	+ 6,8	+ 0,4	- 1,1	+ 2,2	- 1,8	- 2,2	+ 2,2	- 2,1	...
	Bund	+ 0,6	- 3,0	+ 5,4	- 0,1	- 1,4	+ 4,7	- 0,2	- 2,1	+ 2,3
Gastgewerbe															
Umsatz	Land	- 2,5	- 5,7	- 4,2	0,0	- 3,6	- 1,0	- 1,3	- 2,9	- 5,1	- 0,9	+ 6,8	- 9,4	- 2,9	...
	Bund
Fremdenverkehr⁵															
Ankünfte	Land	- 0,9	- 1,8	- 2,4	+ 6,2	- 4,8	+ 1,1	+ 2,5	- 4,5	p	1,8	p	1,2	p	10,4
	Bund	...	+ 1,1	+ 1,6	+ 4,6	- 0,6	+ 3,7	+ 5,0	- 0,9	+ 3,1	- 1,2	- 1,2
Übernachtungen	Land	- 1,8	- 3,0	+ 0,2	- 0,2	- 2,6	- 1,8	- 2,7	- 7,9	p	10,4	p	14,5	p	10,5
	Bund	...	- 3,2	- 1,2	- 1,0	- 3,0	- 0,5	- 0,8	- 5,6	- 7,6	- 11,1	- 5,0
Arbeitsmarkt															
Arbeitslose	Land	+ 10,7	+ 10,6	+ 9,4	+ 11,1	+ 12,9	+ 13,1	+ 13,9	+ 13,1	+ 15,5	+ 12,9	+ 10,3	+ 12,8	+ 14,7	...
	Bund	+ 9,0	+ 8,6	+ 8,5	+ 9,3	+ 10,5	+ 11,1	+ 11,4	+ 10,6	+ 12,6	+ 10,0	+ 9,0	+ 9,5	+ 10,3	...
Offene Stellen	Land	- 3,5	+ 0,7	- 3,1	- 9,3	- 9,3	- 5,3	- 6,4	- 3,6	- 0,7	- 2,6	- 4,6	- 9,6	- 10,5	...
	Bund	+ 1,5	+ 2,6	+ 0,3	- 1,1	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	...
Kurzarbeiter	Land	+ 90,1	+ 86,6	+ 120,9	+ 93,6	+ 5,7	+ 20,1	- 3,1	- 9,1	+ 17,3	- 8,9	- 20,1	+ 6,4	+ 62,3	...
	Bund	+ 61,1	+ 77,5	+ 108,2	+ 86,4	+ 50,7	+ 50,2	+ 13,4	- 5,2	- 5,6	- 12,3	- 28,5	- 39,4	- 42,0	...
Insolvenzen															
Anzahl	Land	+ 9,8	+ 82,5	- 1,9	+ 14,5	- 8,2	+ 10,1	- 46,5	+ 27,9	+ 14,8	+ 10,4	+ 11,6	- 24,2	- 7,1	...
	Bund	+ 9,3	+ 12,0	+ 10,2	+ 8,4	+ 8,2	+ 22,5	+ 1,0	+ 5,8	r	5,9	+ 7,2	- 0,1

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsraten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtigte Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Jahreszahlen
Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1992	135	11	48	61	8	10	36	31	24	96 874	+ 6,4	92 936	+ 2,1	92
1993	138	11	49	61	10	10	36	32	23	100 160	+ 3,4	93 066	+ 0,1	93
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	104 472	+ 4,3	95 034	+ 2,1	92
1995	150	11	50	62	12	10	36	31	23	108 827	+ 4,2	96 993	+ 2,1	93
1996	155	12	52	62	13	10	36	31	23	110 695	+ 1,7	97 945	+ 1,0	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁵		Kuhmischerzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	...	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a	...	318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	p 1 396	p 422	p 1 292	...	378	1 309	2 404	p 5 702	2 251	193	717

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t		Mill. kwh		
1995	153	97	157	4 856	4 321	r 48 979	r 12 777	162	887	5 174	3 374	r 46
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 670	12 359	174	908	5 110	3 909	43

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensuserhebungen

² ab 1993 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigklassifikation (WZ'93)

⁸ ohne Eigenerzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
		1 000		Mill. DM				1 000			
1992	15	12	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	r 22	1 230	p 13 629	p 7 010	p 821	p 11 912	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	p 14 193	p 7 619	p 885	p 12 374	3 959	309	21 597	654

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopfer-fürsorge
	insgesamt	Krafträder	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
		1 000				Mill. DM						
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	r 15 592	r-268	r 20 652	26 765	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 238,1	873,5	112,3	121,9

Jahr	Steuern								Schulden			
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer nach Ertrag und Kapital	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁹	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
		1 000				Mill. DM						
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹				Löhne und Gehälter ¹¹							
	Erzeugerpreise ¹⁰		Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100	für Wohn-gebäude 1991 = 100	Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst		
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	land-wirt-schaftlicher Produkte 1985 = 100			insgesamt	darunter Nahrungs-mittel, Getränke, Tabakwaren	Bruttowochenlohn	Bruttomonatsgehalt	Bruttomonatsgehalt ¹³			
						Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte	technische Angestellte	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)	
								DM				
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899	640	4 808	3 330	5 453	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	87,1	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	...	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594

¹ Errichtung neuer Gebäude

² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen

³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr

⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁵ ohne Postspareinlagen

⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.

⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen

⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände

⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer

¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen

¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk

¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage

^a Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 717	...	p 2 727	p 2 728	p 2 730	p 2 744
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 473	...	p 984	p 1 030	p 2 768	p 654
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	...	p 4,2	p 4,6	p 11,9	p 3,1
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 286	...	p 2 332	p 2 336	p 2 219	p 2 312
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,1	...	p 10,1	p 10,4	p 9,6	p 11,0
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 607	...	p 2 653	p 2 672	p 2 490	p 2 471
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,5	...	p 11,5	p 11,9	p 10,7	p 11,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 11	...	p 7	p 11	p 11	p 9
	je 1 000 Lebendgeborene	p 4,8	...	p 3,0	p 4,7	p 5,0	p 3,9
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p- 321	...	p- 321	p- 336	p- 271	p- 159
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p- 1,4	...	p- 1,4	p- 1,5	p- 1,2	p- 0,8
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 567	6 921	6 567	6 979	5 918	5 861
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 890	1 677	1 499	1 693	1 648	1 462
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	7 823	5 306	5 063	5 210	4 167	4 945
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 236	1 110	1 055	1 060	988	1 020
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 744	1 615	+ 1 504	1 769	1 751	916
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 102	10 945	11 024	10 771	9 830	10 452
* Wanderungsfälle	Anzahl	28 491	23 172	22 654	22 960	19 915	21 258
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	113	118	111	105	140	131	125	121
* darunter Männer	1 000	59	66	72	66	62	85	79	75	72
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,1	5,8	12,2	8,0	4,9	10,8	9,8	8,5	7,9
* darunter Männer	1 000	2,5	5,0	11,0	6,9	4,1	9,3	8,3	7,1	6,1
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,0	11,5	14,6	15,0	14,7	12,6	13,9	13,6	13,1
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 396 ^a	p 1 396 ^a
* darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	421 ^a	p 422 ^a
* Schweine	1 000	1 269 ^a	p 1 292 ^a	.	1 245	.	.	.	1 282	.
* darunter Zuchtsauen	1 000	118 ^a	p 121 ^a	.	117	.	.	.	116	.
* darunter trächtig	1 000	83 ^a	p 84 ^a	.	81	.	.	.	78	.
Schlachtungen										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	26	31	26	22	29	33	33	37	31
* Kälber	1 000 St.	1	1	1	0	1	0	1	1	1
* Schweine	1 000 St.	121	109	112	112	112	100	84	108	103
* darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	1	0	0	1	0	1	0
* Schlachtmenge ² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,5	19,8	18,4	17,2	19,5	19,0	17,8	21,2	19,0
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,1	9,6	7,9	6,7	8,9	9,7	10,0	11,2	9,3
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	1,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,0	9,9	10,2	10,2	10,2	9,0	7,6	9,7	9,3
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	311	307	307	310	312	302	301	306	306
Kälber	kg	130	136	133	135	137	143	136	135	136
Schweine	kg	91	91	92	92	92	91	91	91	91
Geflügel										
* Konsumeier ³	1 000	28 793	29 010	31 298	28 941	30 923	29 341	32 315	30 752	30 271
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	59	61
* Milcherzeugung	1 000 t	201	201	210	209	218
* darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	96	97	98
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	16,1	16,6	16,7

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	153	147	147	147	147	r 143	143	143	143
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	97	92	93	92	92	r 89	89	89	88
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 118	12 320	12 650	12 334	r 12 326	11 757	11 640	12 353	11 221
* Lohnsumme	Mill. DM	404,7	397,2	367,4	383,4	r 421,2	351,1	363,1	371,1	405,3
* Gehaltssumme	Mill. DM	360,1	361,8	341,5	354,2	r 363,6	330,2	343,7	345,6	365,9
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 082	3 973	4 066	3 871	r 3 749	3 736	3 961	4 372	3 856
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 016	2 943	3 118	2 897	r 2 838	2 619	2 851	3 060	2 797
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 066	1 030	949	974	r 911	1 117	1 110	1 312	1 058
Kohleverbrauch	1 000 t	14	15
Gasverbrauch	Mill. kWh	431	426
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	74	76
leichtes Heizöl	1 000 t	6	7
schweres Heizöl	1 000 t	68	68
Stromverbrauch	Mill. kWh	315	326	326	311	r 305	308	316	330	319
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	34	28	r 27	38	38	37	36
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 331	2 423	.	2 589	2 171	2 932	3 108	2 892	2 496
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 030	1 041	.	955	859	1 091	1 117	1 077	1 012
Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³	2 607
Handwerk (Meßzahlen)²										
				1. Vj. 96			1. Vj. 97			
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,4	-	-	-	...	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	241,0	-	-	-	...	-	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 330	42 566	41 630	42 894	42 889	37 011	38 075	38 971	39 200
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 595	4 093	3 266	4 790	4 788	2 947	3 561	4 594	3 943
darunter für	1 000									
Wohnungsbauten	1 000	2 247	2 006	1 744	2 265	2 258	1 577	1 781	2 283	1 974
gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	1 145	942	780	1 122	1 083	695	822	1 027	835
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 159	1 098	709	1 359	1 386	662	935	1 242	1 094
* Lohnsumme	Mill. DM	146,4	133,5	90,3	135,3	145,9	89,2	106,6	121,3	129,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,4	33,3	29,7	31,9	32,2	28,9	29,0	29,3	30,5
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	597,6	541,5	331,0	449,6	534,8	308,2	406,3	507,3	479,6
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	334,1	291,5	353,9	280,3	299,3	218,9	289,2	289,6	388,8
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	.	12 296	11 929	-	-	-	11 929	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	1 357	3 826	-	-	-	3 826	-	-
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	.	48,1	131,7	-	-	-	131,7	-	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	145,0	309,4	-	-	-	309,4	-	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel
Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	683	729	846	820	867	698	915	957	972
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	494	561	645	644	656	573	751	746	823
2 Wohnungen	Anzahl	94	92	111	97	113	63	84	86	94
* Rauminhalt	1 000 m³	730	694	818	764	803	670	789	966	791
* Wohnfläche	1 000 m²	138	132	149	146	153	131	151	193	154
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	105	114	106	87	85	86	99	100
* Rauminhalt	1 000 m³	515	479	445	765	392	327	496	475	309
* Nutzfläche	1 000 m²	84	79	73	114	65	67	70	76	54
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 879	1 641	1 858	1 776	1 829	1 685	1 727	2 367	1 716
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	r 1 166,9 p 1 182,8	1 231,0	1 009,1	1 092,3	1 166,2	1 152,9
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	r 145,7 p 151,6	157,8	151,6	185,3	122,4	133,2
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	r 1 021,1 p 1 031,2	1 073,2	857,6	907,0	1 043,9	1 019,8
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	r 25,0 p 24,2	18,0	23,2	15,7	23,2	18,8
* Halbwaren	Mill. DM	r 64,9 p 66,3	51,2	60,8	64,6	78,9	62,4
* Fertigwaren	Mill. DM	r 931,3 p 940,7	1 004,0	773,6	826,6	941,8	938,5
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	r 134,2 p 147,8	128,1	138,8	135,8	170,7	190,8
* Enderzeugnisse	Mill. DM	r 797,0 p 793,0	876,0	634,8	690,8	771,1	747,7
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	r 615,3 p 634,9	749,8	561,8	586,8	527,4	619,6
darunter										
Niederlande	Mill. DM	r 97,8 p 92,3	92,8	88,1	90,5	92,2	96,4
Italien	Mill. DM	r 65,9 p 81,7	82,5	51,8	58,1	57,2	105,0
Frankreich	Mill. DM	r 91,4 p 80,9	85,1	79,9	67,7	66,4	81,5
Dänemark	Mill. DM	r 74,6 p 78,3	78,9	81,2	110,6	80,8	72,1
Einzelhandelsumsätze insgesamt	1995 = 100	100,0	101,9	102,1	104,5	106,2	87,4	99,9	106,8	104,0
(einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)										
Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,0	97,5	80,0	99,4	114,7	64,5	85,4	90,1	111,5
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	333	330	248	318	443	p 166	p 273	p 289	p 465
darunter von Auslandsgästen	1 000	25	26	18	23	27	p 16	p 21	p 24	p 29
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 800	1 070	1 590	2 237	p 603	p 1 182	p 1 318	p 2 145
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	55	43	49	58	p 36	p 47	p 48	p 58
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
Güterempfang	1 000 t	1 905	...	1 761	2 004	1 905
Güterversand	1 000 t	1 086	...	1 494	1 181	1 222
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	179	151	103	174	195	120	181	174	91
* Güterversand	1 000 t	207	185	177	176	240	150	194	149	140
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 204	10 860	14 306	13 034	12 879	10 260	13 503	14 652	12 197
darunter										
Krafträder	Anzahl	576	745	1 479	1 621	1 271	677	1 894	1 740	1 417
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 783	9 289	11 756	10 486	10 648	8 842	10 618	11 743	9 813
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	593	568	680	582	621	524	590	769	640
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 299	1 192	807	1 046	1 272	r 949	991	p 1 009	p 1 267
Getötete Personen	Anzahl	22	22	17	22	19	r 13	24	p 23	p 27
Verletzte Personen	Anzahl	1 721	1 567	1 056	1 345	1 632	r 1 222	1 323	p 1 290	p 1 684

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
GELD UND KREDIT										
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	73	80	69	99	70	85	77	75	65
* Unternehmen	Anzahl	59	66	59	81	53	65	67	62	55
* übrige Gemeinschaftsdner	Anzahl	14	14	10	18	17	20	10	13	10
* Beantragte Konkurse	Anzahl	73	80	69	99	70	85	77	75	65
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	50	55	53	63	54	50	46	51	45
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monats-durchschnitt²								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	124 831	134 465	130 607	-	-	-	139 009	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	122 658	131 358	127 745	-	-	-	135 514	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 735	16 099	15 324	-	-	-	16 164	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 439	15 505	14 699	-	-	-	15 940	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	296	594	625	-	-	-	224	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 424	7 889	7 633	-	-	-	7 570	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 534	6 186	5 888	-	-	-	6 435	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 890	1 702	1 745	-	-	-	1 135	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	100 500	107 371	104 788	-	-	-	111 780	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	74 630	80 446	78 056	-	-	-	84 898	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	25 869	26 926	26 732	-	-	-	26 882	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	81 741	88 381	85 700	-	-	-	91 686	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	55 226	58 899	56 872	-	-	-	60 529	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 262	52 919	51 139	-	-	-	54 655	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 965	5 980	5 733	-	-	-	5 874	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	25 376	28 466	27 819	-	-	-	30 174	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 001	28 038	27 399	-	-	-	29 683	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	376	429	420	-	-	-	491	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart			Vierteljahres-durchschnitt	1. Vj. 96				1. Vj. 97		
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 277	4 097	3 826	-	-	-	3 825	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	2 002	1 955	1 744	-	-	-	1 688	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	280	201	253	-	-	-	257	-	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	78	70	56	-	-	-	100	-	-
Zinsabschlag	Mill. DM	53	52	98	-	-	-	85	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	272	255	244	-	-	-	229	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 404	1 382	1 324	-	-	-	1 359	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	120	106	93	-	-	-	106	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	263	281	316	-	-	-	389	-	-
Versicherungsteuer	Mill. DM	46	46	116	-	-	-	117	-	-
Landessteuern	Mill. DM	295	312	327	-	-	-	277	-	-
Vermögensteuer	Mill. DM	57	64	53	-	-	-	19	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	55	58	63	-	-	-	73	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	125	132	-	-	-	128	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	424	450	374	-	-	-	451	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	8	-	-	-	8	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	101	107	96	-	-	-	103	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	316	254	-	-	-	324	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 291	2 152	2 077	-	-	-	2 157	-	-
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	1 871	1 761	-	-	-	1 769	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	851	831	741	-	-	-	717	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	119	86	107	-	-	-	109	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	127	122	-	-	-	114	-	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	854	751	716	-	-	-	740	-	-
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 461	2 495	2 412	-	-	-	2 330	-	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 117	2 070	1 981	-	-	-	1 961	-	-
Lohnsteuer und Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	1 045	936	905	-	-	-	866	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	115	81	106	-	-	-	108	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	125	116	115	-	-	-	108	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	610	687	645	-	-	-	649	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	776	847	419	-	-	-	518	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	229	242	235	-	-	-	309	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	417	397	45	-	-	-	67	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter, Ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

	1995	1996	1996			1997			
	Monatsdurchschnitt		März	April	Mai	Februar	März	April	Mai
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,3	97,8	97,9	98,2	98,1	100,0	100,5	100,3	...
Ausfuhrpreise ²	103,3	103,5	103,6	103,7	103,8	103,9	104,4	104,7	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ^{1,2} 1985 = 100	91,8	...	90,6	90,9	91,1	91,9
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	104,0	103,5	103,4	103,5	103,5	104,1	104,1	104,4	...
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,6	91,1	92,7	92,4	94,7	89,6
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	115,4	115,3	-	-	115,5	114,9	-	-	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	103,1	105,6	105,3	105,5	106,4	106,7	107,4
Einzelhandelspreise	106,7	107,6	107,6	107,8	107,7	108,1	108,0	107,9	108,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	112,5	114,1	113,7	113,8	114,1	115,2	115,6	115,3	115,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	108,6	109,6	109,7	109,9	110,0	110,5	110,7	110,9	111,7
Bekleidung, Schuhe ¹	108,4	109,3	109,1	109,1	109,3	109,6	109,6	109,7	109,8
Wohnungsmieten ¹	121,3	124,8	124,0	124,1	124,5	126,8	127,1	127,7	128,0
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	101,4	99,6	98,7	99,4	98,3	103,6	102,3	100,7	101,0
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	109,9	110,9	110,8	110,9	110,9	111,2	111,3	111,6	111,6
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 001	1 022	-	1 018	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	1 051	1 075	-	1 070	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	721	734	-	731	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	688	698	-	696	-	-	-	...	-
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,01	26,71	-	26,61	-	-	-	...	-
darunter Facharbeiter	27,45	28,27	-	28,14	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter	19,08	19,59	-	19,65	-	-	-	...	-
darunter Hilfsarbeiter	18,09	18,49	-	18,48	-	-	-	...	-
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,1	-	38,3	-	-	-	...	-
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,8	37,4	-	37,2	-	-	-	...	-
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 221	6 434	-	6 405	-	-	-	...	-
weiblich	4 322	4 495	-	4 482	-	-	-	...	-
technische Angestellte									
männlich	6 361	6 575	-	6 556	-	-	-	...	-
weiblich	4 358	4 520	-	4 472	-	-	-	...	-
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 071	5 076	-	5 067	-	-	-	...	-
weiblich	3 681	3 689	-	3 670	-	-	-	...	-
technische Angestellte									
männlich	4 522	4 810	-	4 771	-	-	-	...	-
weiblich	3 523	3 354	-	3 392	-	-	-	...	-
Produzierendes Gewerbe ⁴ ; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 404	5 419	-	5 404	-	-	-	...	-
weiblich	3 855	3 870	-	3 851	-	-	-	...	-
technische Angestellte									
männlich	6 116	6 254	-	6 213	-	-	-	...	-
weiblich	4 236	4 413	-	4 368	-	-	-	...	-

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Erhebungsmonate möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 28.02.1997			Bevölkerungsveränderung im Februar 1997			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Mai 1997 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungs- zunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat ¹						
FLENSBURG	86 457	- 0,2	- 0,6	- 23	- 109	- 132	45	-	62
KIEL	243 245	- 0,0	- 1,0	- 45	- 1	- 46	126	2	173
LÜBECK	215 587	- 0,1	- 0,4	- 55	- 67	- 122	104	-	133
NEUMÜNSTER	81 770	- 0,0	- 0,3	- 17	+ 1	- 16	45	-	71
Dithmarschen	135 009	+ 0,0	+ 1,0	+ 4	+ 55	+ 59	70	2	103
Herzogtum Lauenburg	172 514	+ 0,1	+ 1,3	+ 13	+ 79	+ 92	63	-	86
Nordfriesland	161 010	+ 0,1	+ 1,1	+ 0	+ 105	+ 105	78	2	105
Ostholstein	198 298	+ 0,0	+ 0,5	- 48	+ 91	+ 43	91	1	135
Pinneberg	285 115	+ 0,0	+ 0,8	- 31	+ 75	+ 44	115	1	135
Plön	127 202	- 0,0	+ 1,5	- 11	+ 6	- 5	70	5	93
Rendsburg-Eckernförde	261 179	+ 0,1	+ 1,1	- 17	+ 201	+ 184	124	3	151
Schleswig-Flensburg	191 190	+ 0,1	+ 1,5	+ 31	+ 223	+ 254	73	1	91
Segeberg	240 044	+ 0,1	+ 1,1	+ 39	+ 120	+ 159	106	2	141
Steinburg	134 093	+ 0,1	+ 0,8	- 2	+ 92	+ 90	58	2	67
Stormarn	211 517	+ 0,0	+ 1,2	+ 3	+ 45	+ 48	99	6	138
Schleswig-Holstein	2 744 230	+ 0,0	+ 0,7	- 159	+ 916	+ 757	1 267	27	1 684

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.01.1997		
	Betriebe am 31.05.1997	Beschäftigte am 31.05.1997	Umsatz ⁴ im Mai 1996 Mill. DM	ins- gesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	53	8 918	396	44 276	38 713	448
KIEL	111	15 657	290	121 517	106 187	437
LÜBECK	111	15 320	271	110 539	96 993	450
NEUMÜNSTER	66	7 194	136	46 429	40 318	493
Dithmarschen	60	6 465	400	87 927	70 825	525
Herzogtum Lauenburg	96	7 438	139	109 633	93 529	542
Nordfriesland	47	2 699	91	106 700	86 234	536
Ostholstein	79	5 352	134	123 078	103 935	524
Pinneberg	180	16 725	449	172 118	147 751	518
Plön	35	2 444	49	77 687	64 780	509
Rendsburg-Eckernförde	109	7 454	177	167 711	138 861	532
Schleswig-Flensburg	70	4 117	110	124 397	100 476	526
Segeberg	183	15 887	473	165 352	139 495	581
Steinburg	74	7 617	213	86 474	70 420	525
Stormarn	166	19 367	526	140 035	120 915	572
Schleswig-Holstein	1 440	142 654	3 856	1 683 873	1 419 432	517

¹ nach dem Gebietsstand vom 28.02.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 28.02.1997

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 7/1997

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12. 1996		Arbeitslose Ende Mai 1997			Kurzarbeiter Mitte Mai 1997	offene Stellen Ende Mai 1997	Be- schäftigte am 31.01.1997	Umsatz ³ im Januar 1997	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 374,5	+ 0,5	377,2	+ 10,3	8,6	26,1	52,3	1 205	26 348	34
Bayern	12 043,9	+ 0,4	417,9	+ 13,0	8,3	20,6	65,3	1 167	29 555	35
Berlin	3 458,8	- 0,4	262,9	+ 12,7	17,1	5,7	6,3	128	4 083	14
Brandenburg	2 554,4	+ 0,5	208,5	+ 15,5	18,0	9,0	8,6	90	1 789	12
Bremen	677,8	- 0,3	46,4	+ 6,4	16,6	3,8	2,1	65	2 583	48
Hamburg	1 708,0	+ 0,0	90,9	+ 9,3	12,8	2,6	5,1	107	9 436	12
Hessen	6 027,3	+ 0,3	255,1	+ 12,7	10,1	10,8	21,9	493	11 658	32
Mecklenburg-Vorpommern	1 817,2	- 0,3	159,3	+ 13,2	19,1	5,4	6,0	45	760	8
Niedersachsen	7 815,1	+ 0,4	398,8	+ 8,3	12,4	14,5	39,6	537	16 272	35
Nordrhein-Westfalen	17 947,7	+ 0,3	873,6	+ 8,6	12,0	32,3	74,0	1 533	40 696	31
Rheinland-Pfalz	4 000,6	+ 0,6	158,2	+ 11,2	9,9	5,1	27,2	305	8 416	42
Saarland	1 084,2	- 0,0	55,8	+ 10,7	13,4	2,7	4,2	105	2 490	35
Sachsen	4 545,7	- 0,5	359,5	+ 13,9	17,7	15,6	16,8	195	2 993	13
Sachsen-Anhalt	2 723,6	- 0,6	262,7	+ 14,9	21,0	11,5	10,6	104	1 932	14
Schleswig-Holstein	2 742,3	+ 0,6	120,8	+ 14,7	10,6	7,9	13,1	144	3 617	27
Thüringen	2 491,1	- 0,5	208,1	+ 13,3	18,3	10,0	7,8	106	1 849	20
Bundesrepublik Deutschland	82 012,2	+ 0,2	4 255,6	+ 11,5	12,3	183,3	360,6	6 330	164 479	31
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 583,4	+ 0,4	2 960,2	+ 10,3	10,8	129,1	308,7	5 769	154 823	32
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 428,7	- 0,3	1 295,4	+ 14,1	18,5	54,2	52,0	561	9 655	14

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Februar 1997		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im März 1997				
	Beschäftigte am 31.01.1997	Baugewerblicher Umsatz ³ im Januar 1997		Zahl der genehmigten Wohnungen im Januar 1997	Ankünfte	Übernachtungen		Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM			Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl
	%			%							
Baden-Württemberg	123	1 090	- 16,7	4 990	696 686	2 085 820	- 13,8	2 961	+ 9,1	4 112	139
Bayern	163	1 812	+ 1,0	4 753	1 253 536	4 470 517	- 11,0	4 265	+ 4,9	6 178	145
Berlin	47	722	+ 9,2	3 265	192 237	422 379	- 6,5	1 070	+ 5,7	1 323	124
Brandenburg	64	599	+ 43,9	1 865	118 977	372 940	+ 7,4	1 093	+ 6,4	1 484	136
Bremen	8	103	+ 36,2	85	38 413	71 071	+ 0,9	239	+ 32,8	292	122
Hamburg	17	248	+ 13,3	698	154 209	269 416	- 5,8	620	+ 13,8	877	141
Hessen	68	598	- 18,1	2 128	574 304	1 563 327	- 11,0	1 994	+ 13,7	2 765	139
Mecklenburg-Vorpommern	43	251	+ 7,5	1 850	121 561	383 858	+ 1,1	793	+ 29,8	1 078	136
Niedersachsen	99	759	- 1,8	2 585	500 155	1 500 519	- 11,0	2 858	+ 21,8	3 998	140
Nordrhein-Westfalen	184	1 654	- 8,3	5 610	933 476	2 423 553	- 6,4	5 281	+ 3,7	6 902	131
Rheinland-Pfalz	42	415	+ 3,5	1 897	248 822	786 141	- 17,8	1 332	+ 7,0	1 802	135
Saarland	13	96	- 18,5	384	35 772	131 237	- 13,1	335	- 1,2	464	139
Sachsen	111	792	- 6,1	4 690	261 036	797 823	+ 12,6	1 386	+ 3,4	1 875	135
Sachsen-Anhalt	73	490	- 3,7	1 577	120 138	336 265	- 0,7	1 029	+ 15,1	1 382	134
Schleswig-Holstein	39	253	- 2,8	1 266	164 572	595 738	- 15,5	991	+ 22,8	1 347	136
Thüringen	51	357	- 8,2	1 459	153 724	491 288	- 14,0	923	+ 16,5	1 303	141
Bundesrepublik Deutschland	1 144	10 238	- 2,8	39 102	5 567 618	16 701 892	- 9,4	28 002	+ 13,1	38 273	137
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	786	7 589	- 5,2	25 751	4 745 734	14 217 851	- 11,1	22 328	+ 13,2	30 584	137
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	358	2 650	- 4,5	13 351	821 884	2 484 041	+ 1,4	5 674	+ 12,6	7 689	136

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht